



Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Eine erschreckende Mehrheit der unilateralen Sanktionen verletzt das Völkerrecht

Sanktionen haben die Situationen in vielen betroffenen Ländern enorm verschärft und zu wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Krisen geführt

Interview mit Prof. Dr. Dr. habil. Alena Douhan

Zeit-Fragen: Mit eindringlichen Stellungnahmen haben Sie erst kürzlich die Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien (26. Dezember 2020) und gegen Venezuela (14. Februar 2021) gefordert. Was hat Sie dazu bewogen? Alena Douhan: Diese Sanktionen, wie auch viele andere, verletzen die Menschenrechte ganzer Bevölkerungen in den betroffenen Ländern. Das Problem ist besonders akut im Hinblick auf die Covid-19-Pandemie, da die Sanktionen diese Länder daran gehindert haben, sämtliche Medikamente, medizinische Geräte, Testmaterial und andere Materialien zu erhalten, die zur Bekämpfung der Krankheit benötigt werden. Beide Länder hatten auf unterschiedliche Weise bereits vor der Verhängung der Sanktionen mit ersten wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Gleichzeitig haben die Sanktionen diese bereits bestehenden Situationen enorm verschärft und sie in wirtschaftliche, soziale und humanitäre Krisen verwandelt.

In Syrien wird der Wiederaufbau nach jahrelangem Konflikt durch Sanktionen gegen Menschen und Unternehmen behindert, die mit der Regierung bei der Wiederherstellung lebenswichtiger Infrastruktur oder bei ihren Bemühungen um die Wiederbelebung der Öl- und Gasförderung kooperieren. Dies verhindert das Funktionieren der Wirtschaft und verlangsamt den Aufbau von Wohnungen, Krankenhäusern, Stromnetzen und vielem mehr.

Venezuela: Unterernährung und Sterblichkeit nehmen zu

In Venezuela muss die Regierung mit einem Bruchteil der Einnahmen auskommen, die notwendig sind, um das Überleben der Bevölkerung zu sichern. Da die Treibstoffknappheit bereits sehr gravierend ist, wird durch Sanktionen verhindert, dass das Land ausländische Lieferungen erhält. Dies hat zu einem Stromengpass geführt, und – da Wasserpumpen Strom benötigen – auch zu einem Wassermangel, von dem ein Grossteil der Bevölkerung betroffen ist. Die Nichtverfügbarkeit von neuen Geräten und Ersatzteilen verhindert die Wartung und Wiederherstellung der Infrastruktur. Krankenhäuser können nicht mehr so viele Operationen durchführen, kranke Menschen können wegen des

Aufgaben und Tätigkeitsbereiche des UN-Sonderberichterstatters für unilaterale Sanktionen

Zeit-Fragen: Frau Professor Douhan, was ist Ihre Aufgabe als UN-Sonderberichterstatter für unilaterale Sanktionen?

Alena Douhan: Als UN-Sonderberichterstatter über die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmassnahmen auf die Wahrnehmung der Menschenrechte besteht meine Aufgabe darin, die Situation bei der Anwendung einseitiger Sanktionen durch Staaten und regionale Organisationen zu untersuchen, wenn keine Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat vorliegt; einseitige Massnahmen aus völkerrechtlicher Sicht zu beurteilen; die Auswirkungen einseitiger Sanktionen auf die Menschenrechte der Bevölkerung eines Landes, bestimmter Personengruppen und Einzelpersonen zu untersuchen; und die Auswirkungen auf die verschiedenen Kategorien von Menschenrechten zu analysieren. Dies geschieht durch thematische Studien, Länderbesuche, Beurteilungen spezifischer Situationen und die Kommunikation mit bestimmten Personen, die sich in ihren Rechten beeinträchtigt sehen, sowie mit NGO und der akademischen Fachwelt. Ich berichte meine Ergebnisse dem Menschenrechtsrat und der UN-Generalversammlung bei ihren Sitzungen und kommuniziere mit anderen UN-Organen und -Agenturen, regionalen Organisationen, nationalen

Regierungen und dem Privatsektor über diese Belange.

Rechtsstaatlichkeit und humanitäre Belange müssen Vorrang haben

Ich führe Untersuchungen und Recherchen durch und hole Informationen aus einer Vielzahl von Quellen ein, von sanktionierenden Regierungen bis hin zu Einzelpersonen, um Trends bei unilaterale Sanktionen und die Art und Weise, wie sich spezifische, von einem Land verhängte Sanktionsregelungen auf die Menschenrechte auswirken, zu identifizieren und zu bewerten. Ich befasse mich mit einzelnen Fällen, die mir zur Kenntnis gebracht werden, und kommuniziere mit den betreffenden Parteien, um Informationen anzufordern und sie über meine Erkenntnisse zu informieren. Natürlich bin ich kein Richter oder Schiedsrichter, aber ich bin ein Experte für internationales Recht und habe mich seit einigen Jahren auf diesem Gebiet spezialisiert. Meine Aufgabe ist es, die Länder zu informieren und zu überzeugen, dass bei ihrer Tätigkeit die Rechtsstaatlichkeit und humanitäre Belange Vorrang vor politischen Zielen haben müssen.

Heute mehr Sanktionen als je zuvor

Der Menschenrechtsrat hat mein Mandat 2015 geschaffen, als immer deutli-

cher wurde, dass sich einseitige Sanktionen in ihrer Anzahl, Art und Form enorm ausweiten und die Menschenrechte auf vielfältige Weise in vielen Ländern beeinträchtigen. Sanktionen werden oft als eine Möglichkeit gesehen, einseitig Druck auf ausländische Regierungen auszuüben, ohne in den Krieg zu ziehen.

Sanktionen können jedoch die Menschenrechte der Bevölkerung in den betroffenen Ländern schwerwiegend verletzen, insbesondere wenn sie sich gegen ganze Volkswirtschaften oder Wirtschaftssektoren richten. Sanktionen können auch verheerende Auswirkungen auf die Menschenrechte der betroffenen Personen haben. Alle Länder sind nach internationalem Recht verpflichtet, die Menschenrechte eines jeden Menschen zu schützen, und letztlich ist es meine Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dies stärker beachtet und befolgt wird. Das ist nicht einfach, denn es gibt heute mehr Sanktionen als je zuvor, ebenso mehr Arten von Sanktionen, mehr Arten von Zielen und mehr Methoden der Durchsetzung. Ich sehe mein Mandat darin, einen Weg zu bieten, ihre humanitären Auswirkungen zu minimieren und die internationalen Beziehungen wieder an die Standards des Völkerrechts zu binden.

Benzinmangels nicht in die Krankenhäuser gebracht werden, und Unterernährung und Sterblichkeitsrate nehmen zu.

Die Menschen werden immer abhängiger von staatlicher Sozialhilfe und internationaler humanitärer Hilfe. Davon sind alle möglichen Menschenrechte betroffen, vom Recht auf Bildung und Zugang zu Informationen bis hin zum Recht auf Gesundheit, dem Recht auf Nahrung, dem Recht auf Leben und dem Recht auf Entwicklung. Besonders betroffen sind Menschen in extremer Armut, Frauen, Kinder, medizinisches Personal, Menschen mit Behinderungen oder lebensbedrohlichen oder chronischen Krankheiten sowie die indigene Bevölkerung.

Unilaterale Sanktionen verstossen gegen Völkerrecht und Menschenrechte

Können Sie Ihre Kritik an der Sanktionspolitik noch genauer erläutern?

Hier müssen mehrere Aspekte genannt werden. Erstens: Eine erschreckende Mehrheit der heutigen unilateralen Sanktionen wird unter Verletzung des Völkerrechts verhängt. Jedes Land hat das Recht zu wählen, wie es seine Beziehungen zu anderen Ländern gestaltet, oder gar keine Beziehungen zu haben. Gleichzeitig hat gemäss der UN-Charta einzig der UN-Sicherheitsrat das Recht, Sanktionen als Mechanismus zur Durchsetzung von Aspekten des Völkerrechts zu genehmigen. Einseitige Massnahmen dürfen nur unter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte, des Flüchtlingsrechts und des Humanitären Völkerrechts ergriffen werden, müssen den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Staaten entsprechen und dürfen nur im Rahmen völkerrechtlich zulässiger Gegenmassnahmen angewendet werden. In den meisten Fällen ist die Rechtmässigkeit unilateraler Sanktionen völkerrechtlich höchst fraglich, und durch die Verletzung der Menschenrechte verstossen die Sanktionen eindeutig gegen das Völkerrecht.

Zweitens verletzen Sanktionen, die einseitig verhängt werden – also von einzelnen Ländern oder Gruppen wie der Europäischen Union oder Economic Community of West African States (ECOWAS) in Afrika – praktisch immer die Menschenrechte, oft viele Rechte auf einmal, obwohl sie ziemlich oft die Menschenrechtssituation angeblich verbessern sollten. In der Mehrzahl der Fälle ist die gesamte Bevölkerung des Landes betroffen, inklusive ihrer grundlegenden

Menschenrechte: Recht auf Gesundheit, auf Nahrung, auf Leben. Auf Grund der Ressourcenknappheit müssen die Länder alle Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekte stoppen oder aussetzen, was das Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele untergräbt. Die Zahlen in meinen Berichten über die Auswirkungen einseitiger Sanktionen im Zuge der Pandemie (Oktober 2020) und im vorläufigen Bewertungsbericht über meinen Länderbesuch in Venezuela sind diesbezüglich sehr deutlich. Ich denke, es ist absurd, Menschenrechte zu schützen, indem man sie verletzt. Es gibt kein tolerierbares Mass an «Kollateralschäden», wenn Länder durch internationale Konventionen und Gewohnheitsrecht verpflichtet sind, die Rechte eines jeden zu schützen und sich völkerrechtskonform zu verhalten.

Ausserhalb jedes Rechtssystems schuldig gesprochen

Drittens beinhalten gezielte Sanktionen gegen Einzelpersonen in der Regel das Einfrieren ihres Bankvermögens und anderer Besitztümer sowie die Einschränkung ihrer Reisefreiheit, und dies geschieht in der Regel ohne ein ordentliches Verfahren. Es wird einfach ausserhalb jedes Rechtssystems festgestellt, dass jemand schuldig ist, und die Sanktionen sind die verhängte Strafe. Rechte auf ein ordentliches Verfahren wie das Recht auf ein faires Verfahren und das Recht auf Unschuldsvermutung bis zum Beweis der Schuld sowie das Recht auf Bewegungsfreiheit werden verweigert, obwohl sie laut internationalem Recht geschützt werden müssen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sieht eine



(Bild ohchr.org)

Alena Douhan (Belarus) wurde im März 2020 vom UN-Menschenrechtsrat zur Sonderberichterstatterin über die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmassnahmen auf die Verwirklichung der Menschenrechte ernannt.

Frau Douhan verfügt über umfangreiche Erfahrung in den Bereichen Völkerrecht und Menschenrechte als Professorin für Völkerrecht an der *Belarussischen Staatlichen Universität* (Minsk), Gastprofessorin am *Institut für Friedens- und Kriegsvölkerrecht* (Bochum, Deutschland) und Direktorin des *Friedensforschungszentrums* (Minsk). Sie promovierte 2005 an der Belarussischen Staatlichen Universität und habilitierte 2015 zum Dr. habil. in Völkerrecht und Europarecht (Belarus). Frau Douhans akademische und Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Völkerrecht, Sanktions- und Menschenrechtsrecht, internationales Sicherheitsrecht, dem Recht internationaler Organisationen, der internationalen Streitbeilegung und dem internationalen Umweltrecht.

«Eine erschreckende Mehrheit der ...»

Fortsetzung von Seite 1

gewisse Möglichkeit des Zugangs zur Justiz auf der Grundlage von Artikel 275 des *Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union* vor, aber die Anzahl der sogenannten Sanktionsfälle nimmt schnell zu. Gleichzeitig ist ein Berufungsmechanismus für die US-Sanktionen praktisch nicht existent.

Es ist auch notwendig, die Probleme zu erwähnen, die in bezug auf die Erbringung humanitärer Hilfe und die wachsende Exterritorialität und Überbefolgung von Sanktionsregimen bestehen.

Auswirkungen von Sekundärsanktionen und Extraterritorialität

Was bedeuten die extraterritorialen und sekundären Sanktionen, die völkerrechtlich illegal sind, für ein Land wie Syrien, das sich nach zehn Jahren Krieg im Wiederaufbau befindet?

Sekundärsanktionen und Extraterritorialität sind zwei verschiedene, aber eng miteinander verbundene Dinge. Sekundärsanktionen sind einseitige Sanktionen, die gegen Personen und Unternehmen verhängt werden, die beschuldigt werden, mit sanktionierten Ländern, Personen oder Organisationen Geschäfte zu machen. Insbesondere die Vereinigten Staaten verwenden sekundäre Sanktionen, um die von ihnen verhängten ursprünglichen Sanktionen durchzusetzen. Die von sekundären Sanktionen betroffenen Personen und Unternehmen können sich im sanktionierenden Land oder in anderen Ländern befinden. Tatsächlich können einige US-Sekundärsanktionen jeden, egal wo, treffen, der beschuldigt wird, mit einer sanktionierten Partei Geschäfte zu machen.

Hier kommt das Problem der Extraterritorialität ins Spiel, denn auch die Ausweitung der Gerichtsbarkeit eines Landes auf ein anderes Land durch die Durchsetzung seiner Sanktionen mittels Sekundärsanktionen ist nicht rechtmässig. Wieder einmal wird eine Strafe ohne Rücksicht auf die Verfahrensrechte einer Person verhängt, die von sekundären Sanktionen betroffen ist. In der Tat kann es nach dem Recht des Landes, in dem sich diese Person befindet, vollkommen legal sein, mit der Person, die Ziel der US-Sanktionen ist, Geschäfte zu machen.

Die Hauptgefahr von Sekundärsanktionen besteht darin, dass jede Einzelperson und jedes Unternehmen davon betroffen sein kann, was zu einer enormen Überbefolgung führt. Während meines Länderbesuchs in Venezuela berichteten der private Sektor, Nichtregierungsorganisationen, Universitäten, Sportvereine und Bürger Venezuelas von der Ablehnung oder dem Widerwillen ausländischer Banken, Bankkonten zu eröffnen oder zu führen, und zwar auch bei Korrespondenzbanken in den Vereinigten Staaten und Europa; von Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Visa und dem Kauf von Flugtickets; von der Notwendigkeit, über Vermittler in Drittländern zu agieren; und von der Notwendigkeit, zusätzliche Versicherungskosten zu zahlen. Ähnliche Probleme wurden wiederholt von internationalen humanitären Organisationen angeführt, die an der Bereitstellung von humanitärer Hilfe in den Zielgebieten oder -gesellschaften beteiligt sind.

Sogenannte humanitäre Ausnahmen halten in der Praxis nicht stand

Wie ist der derzeitige Stand der internationalen humanitären Hilfe, und inwieweit wird sie durch die Sanktionen behindert?

Auf dem Papier haben die meisten unilateralen Sanktionsregime heute Bestimmungen, die den Fluss von humanitären Gütern und Dienstleistungen an sanktionierte Länder und Personen erlauben. Das Problem ist, dass diese sogenannten «humanitären Ausnahmen» in der Praxis nicht sehr gut funktionieren. Dafür gibt es viele Gründe. Die Regeln sind oft komplex, was dazu führt, dass Anbieter humanitärer Hilfe zurückhaltend sind, humanitäre Güter in sanktionierte Länder zu exportieren – aus Angst, versehentlich gegen die Sanktionen zu verstossen und selbst von sekundären Sanktionen betroffen zu werden. Selbst diejenigen, die bereit sind, humanitäre Güter zu exportieren, können dies unter Umständen nicht tun, weil Banken und andere Dienstleister die gleichen Befürch-

Wie Sanktionen humanitäre Hilfe behindern

«Die Lieferanten von humanitärer Hilfe, auch humanitäre Organisationen, sind verpflichtet, eine entsprechende Lizenz von den sanktionierenden Ländern zu erhalten. Ich hatte Expertengespräche mit einer grossen Anzahl von humanitären NGO, meist glaubwürdige NGO. Sie versuchten, humanitäre Hilfe nach Syrien zu liefern. [...]»

Selbst wenn sie versuchen, medizinische Geräte zu liefern, müssen sie ein reales humanitäres Ziel für die Lieferung nachweisen. Auch wenn es zum Beispiel um den Covid-Test geht oder um die CT-Scanner oder um Medikamente. Das führt dazu, dass kleine humanitäre NGO es vorziehen, überhaupt nicht in die Lieferung dieser humanitären Hilfe involviert zu werden, weil sie keine Anwälte haben, die sich mit dem Prozedere befassen und die dazu in der Lage wären. Und die Organisationen selbst sind nicht in der Lage, den Prozess zu bezahlen.

Wenn also zum Beispiel die Erlaubnis erteilt wird, humanitäre Hilfe nach Sy-

rien zu liefern, bedeutet das nicht, dass die Organisation, wenn sie diese über die Grenze bringt, Treibstoff für ihr Auto kaufen darf, um notwendige Medikamente oder medizinische Ausrüstung zu liefern. Es bedeutet, dass die Organisation eine weitere Erlaubnis benötigt, um Treibstoff für ein einzelnes Auto im Zuge der Lieferung von humanitärer Hilfe zu bekommen.

Einige andere humanitäre Organisationen haben sich auch darüber beschwert, dass wegen ihrer humanitären Arbeit, die darin besteht, Medikamente, medizinische Ausrüstung und Lebensmittel nach Syrien zu liefern, im Zuge der Pandemie ihre Bankkonten eingefroren wurden – und auch die Bankkonten ihrer Mitarbeiter wurden eingefroren. Damit fallen sie sozusagen unter die Sekundärsanktionen.»

Alena Douhan im Interview mit Aaron Maté <https://thegrayzone.com/2021/01/14/un-expert-crippling-us-sanctions-on-syria-are-illegal-and-hurting-civilians/> vom 14. Januar 2021)

tungen haben, was die Finanzierungsquellen für diesen humanitären Warenverkehr und die Möglichkeit, sie in das sanktionierte Land zu transportieren, beeinträchtigt. Der mehrschichtige Charakter von Sanktionen (Sanktionen, die von mehreren Staaten oder regionalen Organisationen mit eigenen Sanktionslisten und Ausnahmemechanismen verhängt werden) macht die Situation noch zusätzlich kompliziert.

Weitere Probleme sind die Zeit, die für die Genehmigung von humanitären Exporten in sanktionierte Länder benötigt wird, und die Anforderungen, die manchmal erfüllt werden müssen, bevor eine Genehmigung erteilt wird. So müssen Exporteure von humanitären Gütern, bei denen es sich um Güter mit doppeltem Verwendungszweck (zivil und militärisch) handeln könnte, zum Beispiel bestimmte medizinische Geräte oder Substanzen, sicherstellen, dass die Güter bei ihrer Ankunft in dem sanktionierten Land nicht für militärische Zwecke verwendet werden. Dies kann in einigen Fällen unmöglich sein. Sogar die Zahnpasta gehört Berichten zufolge zu den Körperpflegeprodukten, die von solchen Regeln betroffen sind. Insgesamt sind die Komplexität und der Zeitaufwand für die Genehmigung von humanitären Exporten ein weiteres Hindernis, das die Kosten in die Höhe treibt.

Es muss auch berücksichtigt werden, dass die Bestimmungen über «humanitäre Ausnahmen», selbst wenn sie angewandt werden, traditionell sehr eng ausgelegt werden und insbesondere Ausrüstungen und Ersatzteile sowie andere Güter ausschliessen, die für den Wiederaufbau der Wirtschaft notwendig sind und dort das Recht der Menschen auf Entwicklung behindern.

Wie Sanktionen humanitäre Hilfe verhindern

Welche Auswirkungen haben die Sanktionen auf die humanitäre Hilfe? Können Sie uns konkrete Beispiele nennen?

Die Covid-19-Pandemie hat uns gezeigt, wie Sanktionen die Möglichkeit der sanktionierten Länder, humanitäre Hilfe zu erhalten, verhindert haben, selbst wenn die Sanktionen humanitäre Ausnahmen vorsehen, die eine solche Hilfe ermöglichen.

Ethische Aspekte der Sanktionen

«Umfassende Wirtschaftssanktionen haben [...] die ethische Qualität des Terrorbombardements, die Zivilbevölkerung wird ausdrücklich als Geisel in einer macht- und sicherheitspolitischen Strategie eingesetzt.» (S. 11)

«In Art. 2 [der Resolution der Unmenschrechtskommission vom 4. März 1994 wird] ausdrücklich festgehalten, dass wirtschaftliche Zwangsmassnahmen die volle Verwirklichung aller Menschenrechte unmöglich machen, wobei besonders auf Kinder, Frauen und alte Menschen hingewiesen wird. Die Reso-

lution fordert unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte alle Staaten auf, derartige Praktiken zu unterlassen.» (S. 29)

«Sanktionen, die die wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte der Bevölkerung, ja in vielen Fällen das Recht auf Leben ausser Kraft setzen, sind im Hinblick auf die Menschenrechte als ius cogens des Völkerrechts unzulässig.» (S. 20f.)

Quelle: Köchler, Hans. *Ethische Aspekte der Sanktionen im Völkerrecht*. International Progress Organization, Wien 1994

Ärzte in einigen Ländern, die von den US-Sanktionen betroffen sind, konnten keine telemedizinischen Sitzungen über Zoom in Anspruch nehmen, da dessen Nutzung in diesen Ländern blockiert ist. Medizinische Geräte, die von einem chinesischen Geschäftsmann gespendet wurden, um Kuba bei der Bekämpfung des Corona-Virus zu helfen, konnten nicht wie geplant eintreffen, weil die mit dem Transport beauftragte US-Firma sich zurückzog, weil sie befürchtete, von sekundären Sanktionen getroffen zu werden, wenn sie Waren in ein sanktioniertes Land lieferte. Schweizer humanitäre Organisationen, die mit kubanischen medizinischen Einrichtungen zusammenarbeiten wollten, wurden von Banken ausgebremst, die sich weigerten, das dafür notwendige Geld zu überweisen. Die US-Sanktionen gegen Iran und Venezuela führten dazu, dass die Stromversorgung in beiden Ländern zusammenbrach, was den normalen Betrieb von Krankenhäusern verhinderte. Der Mangel an Treibstoff in Venezuela – eine Situation, die durch die Sanktionen noch verschärft wurde – hat die Menschen daran gehindert, in die Krankenhäuser zu fahren und hat den Einsatz von Krankenzugmaschinen verhindert.

Einseitige Sanktionen, die Angst vor Sekundärsanktionen und die zunehmende Übererfüllung führen zu einer wachsenden Zahl von Verweigerungen von Banküberweisungen, zur Verlängerung der Überweisungsfristen (von 2 auf 45 Tage), zu höheren Liefer-, Versicherungs- und Überweisungskosten sowie zu gemeldeten Preissteigerungen für alle (vor allem importierten) Waren, manchmal bis zum zwei- bis vierfachen. Humanitäre Ausnahmeregelungen stellen auch eine enorme Belastung für die humanitären Organisationen dar, die den «reinen» humanitären Zweck der Lieferungen nachweisen müssen und allen möglichen Risiken ausgesetzt sind. Dies wirkt sich zum einen negativ auf ihre Handlungsfähigkeit aus, schränkt ihre Ressourcen ein, wirkt sich zum anderen negativ auf die Bereitschaft der Geber aus, Hilfe zu leisten, und hat somit negative Folgewirkungen auf die Begünstigten in den Zielländern und in anderen Ländern.

Das Caesar-Gesetz hat ein ganz breites Tor geöffnet

Das Caesar-Gesetz, das im Juni 2020 von der US-Regierung erlassen wurde, hat vor allem Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Es beinhaltet die Sanktionierung all jener Personen und Organisationen, die mit der syrischen Regierung oder überhaupt mit Syrien Handel treiben wollen. Wie gehen die einzelnen Länder oder Hilfsorganisationen, die helfen wollen, damit um? Können Sie uns eine konkrete Beschreibung geben?

Das Caesar-Gesetz, das eigentlich 2019 in Kraft getreten ist und ab 2020 umgesetzt wurde, hat mit seinen Sanktionen in Wirklichkeit ein ganz breites Tor geöffnet. Der beste Rat, den ich Ländern und Hilfsorganisationen geben kann, ist, die US-Behörden und auch mein Büro über Probleme zu informieren, auf die sie bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe für Syrien treffen, und über alles, was sie über die menschenrechtlichen Auswirkungen der Sanktionen gegen Personen erfahren, die mit Syrien Handel treiben wollen – wie ihre Rechte beeinträchtigt werden. Schweigen aus Angst vor Sekundärsanktionen hilft nicht, die Situation zu verbessern, sondern verschlimmert sie noch.

Ein soeben vom U.S. Government Accountability Office veröffentlichter Bericht hat offengelegt, dass die US-Behörden die humanitären Auswirkungen der Sanktionen gegen Venezuela nicht systematisch überprüfen, und ich gehe davon aus, dass dies auch für die US-Sanktionen gegen Syrien gilt. Es ist wichtig, dass diese Informationen als erster Schritt zur Lösung der Menschenrechtsprobleme, die sich aus den Sanktionen des Caesar-Gesetzes und anderen ergeben, bekannt werden.

Das Problem der Sanktionen ist zu wenig bekannt

Sie sagten, dass vieles im Schatten der öffentlichen Diskussion bleibt und dass Fragen der humanitären Wirkung leider oft vergessen oder ignoriert werden. Warum gibt es so wenig Widerstand?

Höchstwahrscheinlich ist das Problem nicht so bekannt, weil es der Öffentlichkeit nicht ausreichend bekannt ist und weil es nicht sehr gut erforscht wurde. In der Regel wird es als sehr politisch motiviert beurteilt – also «schwarzweiss» als etwas Gutes gegen etwas Schlechtes ausgespielt. Ich vertrete jedoch die Auffassung, dass der einzige Weg, die Menschenrechte zu garantieren, die Einhaltung der Gesetze ist. Deshalb werden wir hier über internationale Verpflichtungen der Staaten, Rechtsstaatlichkeit, humanitäre Folgenabschätzung und humanitäre Absicherung sprechen.

Die Vielzahl von Begrifflichkeiten, der fehlende Konsens zwischen den Ländern, der unklare begriffliche Rahmen und die Charakteristika einseitiger Sanktionen und einseitiger Zwangsmassnahmen, die fehlende Einigung über Ziele, die zunehmende Beteiligung privater Akteure und die daraus resultierende Übererfüllung, die fehlende Prüfung der humanitären Auswirkungen und politische Bedenken beeinflussen die Situation und ihre Begutachtung durch die Staatsführung und die Öffentlichkeit. Dies geschieht auf Grund der Unkenntnis über das Problem und der unzureichenden humanitären und rechtlichen Beurteilung sowie der fehlenden Diskussion mit den Opfern und denjenigen, die vor Ort tätig sind.

Deshalb versuche ich jetzt, die Aufmerksamkeit auf das eigentliche Problem zu lenken; die Rechtmässigkeit der getroffenen Massnahmen aus völkerrechtlicher Sicht zu beurteilen; die Vorsorge und die Beurteilung der humanitären Auswirkungen von einseitigen Sanktionen einzuleiten; Einzelfälle zu behandeln und Wissenschaftler und humanitäre Nichtregierungsorganisationen als Dialogpartner einzuladen.

Ich will die Gelegenheit auch nutzen, um Staaten, Wissenschaftler, NGO und andere beteiligte Partner zur Erstellung eines Berichts über den Begriff, die Arten, Elemente und Ziele einseitiger Sanktionen für den UN-Menschenrechtsrat und die UN-Generalversammlung einzuladen, um das Bewusstsein zu schärfen, die Rechtsstaatlichkeit zu ermitteln, die Menschenrechte zu schützen und mit dem Dialog zu beginnen.

Frau Professor Douhan, vielen Dank für das Interview.

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Dokumentation

Beseitigung der angehäuften sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte

Kernproblem und Kernaufgabe der Weltgemeinschaft für das neue Jahrzehnt

Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der Sitzung des Online-Forums Davos Agenda 2021 am 27. Januar 2021

Herr Schwab, lieber Klaus,
liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich war schon viele Male in Davos und habe an den von Herrn Schwab organisierten Veranstaltungen teilgenommen, schon in den 1990er Jahren. Klaus [Schwab] hat sich gerade daran erinnert, dass wir uns 1992 kennengelernt haben. Während meiner Zeit in St. Petersburg habe ich wiederholt an diesem repräsentativen Forum teilgenommen. Ich möchte mich dafür bedanken, dass es heute die Möglichkeit gibt, meine Sichtweise in die Expertengemeinschaft einzubringen, die sich dank der Bemühungen von Herrn Schwab auf dieser weltweit anerkannten Plattform versammelt.

Zunächst einmal, meine Damen und Herren, möchte ich alle Teilnehmer des Weltwirtschaftsforums grüssen.

Ich freue mich, dass das Forum auch in diesem Jahr, trotz der Pandemie, trotz aller Einschränkungen, seine Arbeit fortsetzt. Obwohl es im Format eines Online-Forums arbeitet, findet das Forum trotzdem statt und bietet den Teilnehmern die Möglichkeit, ihre Einschätzungen und Prognosen in einer offenen und freien Diskussion auszutauschen, was den zunehmenden Mangel an persönlichen Treffen zwischen Staatsoberhäuptern, Vertretern der internationalen Wirtschaft und der Öffentlichkeit in den letzten Monaten teilweise ausgleicht. All dies ist wichtig in einer Zeit, in der wir mit so vielen komplexen Fragen konfrontiert sind, die Antworten erfordern.

Pandemie: Beschleuniger, nicht Ursache des Strukturwandels

Das aktuelle Forum ist das erste im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, und die meisten Themen drehen sich natürlich um die tiefgreifenden Veränderungen, die sich auf unserem Planeten vollziehen.

In der Tat ist es schwierig, die grundlegenden Veränderungen in der Weltwirtschaft, der Politik, dem sozialen Leben und der Technologie nicht zu bemerken. Die von Klaus gerade erwähnte Corona-Virus-Pandemie, die zu einer ernststen Herausforderung für die gesamte Menschheit geworden ist, hat den Strukturwandel, dessen Voraussetzungen sich bereits vor geraumer Zeit herausgebildet hatten, nur noch angetrieben und beschleunigt. Die Pandemie hat die Probleme und Ungleichgewichte, die sich zuvor in der Welt aufgebaut hatten, noch verschärft. Es gibt allen Grund zu der Annahme, dass die Gefahr einer weiteren Eskalation der Widersprüche besteht. Und solche



Der russische Präsident Wladimir Putin während seines Redebeitrags für das Online-Forum Davos Agenda 2021 des World Economic Forum (WEF). (Bild kremlin.ru)

Trends können sich in nahezu allen Bereichen manifestieren.

Verschärfte Ungleichgewichte – Krise bisheriger Modelle wirtschaftlicher Entwicklung

Natürlich gibt es keine direkten Parallelen in der Geschichte. Allerdings vergleichen einige Experten – und ich respektiere ihre Meinung – die aktuelle Situation mit den 1930er Jahren. Sie können dieser Sicht zustimmen oder sie ablehnen. Doch angesichts des Umfangs und der komplexen, systemischen Natur der Herausforderungen und potentiellen Bedrohungen sprechen gewisse Analogien für sich.

Wir sehen eine Krise der bisherigen Modelle und Instrumente der wirtschaftlichen Entwicklung. Die sozialen Unterschiede nehmen zu, sowohl global als auch innerhalb der einzelnen Länder. Auch darüber haben wir schon einmal gesprochen. Dies

wiederum führt heute zu einer scharfen Polarisierung der öffentlichen Meinung und provoziert das Anwachsen von Populismus, Rechts- und Linksradikalismus und anderen Extremen sowie die Verschärfung innenpolitischer Prozesse auch in den führenden Ländern.

Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen

All dies wirkt sich unweigerlich auf die Natur der internationalen Beziehungen aus und macht sie nicht stabiler oder berechenbarer. Die internationalen Institutionen werden geschwächt, regionale Konflikte nehmen zu, und das System der globalen Sicherheit zerfällt.

Klaus hat gerade das Gespräch erwähnt, das ich gestern mit dem US-Präsidenten über die Verlängerung von New-START geführt habe. Dies ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung. Dennoch drehen sich die Wider-

«Es besteht die Gefahr, dass wir vor einem gewaltigen Zusammenbruch der globalen Entwicklung stehen, der mit dem Kampf aller gegen alle verbunden ist, mit Versuchen, die überfälligen Widersprüche durch die Suche nach «inneren» und «äusseren» Feinden zu lösen, mit der Zerstörung nicht nur traditioneller Werte (die wir in Russland hochhalten), wie der Familie, sondern auch der Grundfreiheiten, einschliesslich des Rechts auf Wahlfreiheit und Privatsphäre.»

sprüche im Kreis. Wie Sie wissen, führten die Unfähigkeit und der Unwille, solche Probleme im 20. Jahrhundert grundsätzlich zu lösen, zur Katastrophe des Zweiten Weltkriegs.

Gefahren für die globale Entwicklung

Natürlich ist ein solcher globaler «heisser» Konflikt, so hoffe ich, prinzipiell unmöglich. Das hoffe ich sehr. Es wäre das Ende der Menschheit. Aber, wie gesagt, auch hier könnte die Situation eine unerwartete und unkontrollierbare Wendung nehmen. Es sei denn, wir tun etwas, um das zu verhindern. Es besteht die Gefahr, dass wir vor einem gewaltigen Zusammenbruch der globalen Entwicklung stehen, der mit dem Kampf aller gegen alle verbunden ist, mit Versuchen, die überfälligen Widersprüche durch die Suche nach «inneren» und «äusseren» Feinden zu lösen, mit der Zerstörung nicht nur traditioneller Werte (die wir in Russland hochhalten), wie der Familie, sondern auch der Grundfreiheiten, einschliesslich des Rechts auf Wahlfreiheit und Privatsphäre.

Ich möchte an dieser Stelle anmerken, dass sich die Gesellschafts- und Wertekrise bereits in negativen demographischen Folgen niederschlägt, auf Grund derer die Menschheit Gefahr läuft, ganze zivilisatorische und kulturelle Kontinente zu verlieren.

Wir haben eine gemeinsame Verantwortung, dieses Szenario, das einer düsteren Dystopie gleicht, zu verhindern und statt dessen dafür zu sorgen, dass unsere Entwicklung eine andere Richtung einschlägt – positiv, harmonisch und kreativ.

Drei wichtige Herausforderungen

In diesem Zusammenhang werde ich näher auf die wichtigsten Herausforderungen eingehen, vor denen die internationale Gemeinschaft meiner Meinung nach steht.

1. Sozioökonomische Aufgaben

Die erste ist sozioökonomisch.

In der Tat können die letzten 40 Jahre, wenn man sich die Statistiken ansieht, trotz der tiefen Krisen 2008 und 2020 als erfolgreich oder sogar sehr erfolgreich für die Weltwirtschaft bezeichnet werden. Ausgehend von 1980 hat sich das globale Pro-Kopf-BIP, gemessen an der realen Kaufkraftparität, verdoppelt. Dies ist definitiv ein positiver Indikator.

Globalisierung – Profiteure und Verlierer
Globalisierung und Binnenwachstum haben zu einem starken Wachstum in den Entwick-

Fortsetzung auf Seite 4

Übertriebene Erwartungshaltungen

von Gerd Brenner

Der transatlantische Blätterwald beschwerte sich über den Affront, den der russische Ausserminister *Sergej Lawrow* dem EU-Aussenbeauftragten *Joseph Borrell* anlässlich des Besuchs in Moskau angeblich geboten habe: Noch während Borrell in Moskau weilte, wies Russland drei Diplomaten aus EU-Ländern aus. Nun, jede Münze hat zwei Seiten.

Seit Jahren beherrscht die Delegation der EU die offiziellen Statements der EU-Mitgliedsländer, gerade auch in der OSZE, die sich als Brückenbauer zwischen Ost und West in schwierigen Zeiten versteht. In den vergangenen sechs Jahren waren diese Statements von nichts anderem geprägt als Fundamentalkritik an Russland in jedem Bereich. Daran änderte sich auch nichts, nachdem Joseph Borrell sein Amt als EU-Aussenkommissar übernommen hatte.

Seit Jahren versuchen die EU-Mitgliedsländer Deutschland und Frankreich, den Konflikt im Osten der Ukraine einer politi-

schen Lösung zuzuführen. Seit Jahren torpediert ihr Nato-Verbündeter USA die Umsetzung der von Frankreich und Deutschland vermittelten Minsker Abkommen, indem die USA der Ukraine sagen, diese seien ein schlechter Deal. Offenbar glaubte insbesondere die Administration *Trump*, einen besseren Deal herauszuholen zu können; wie schon im Bereich des New-START Vertrags über strategische Nuklearwaffen, im Bereich des Vertrags über Mittelstreckenwaffen INF, im Bereich des Atom-Deals (JCPOA) mit Iran und anderen mehr. Ein Grossmaul konnte erneut nicht liefern. Und jahrelang bestimmten Polen und Balten in ihrem Revisionismus den Ton der EU gegenüber Russland. Die Ukraine, die Krim und andere Streitpunkte sind nur der Anlass. Es geht ums Prinzip. Wäre es nicht die Krim und der Donbass, würden sie anderes finden.

Russland bestritt stets, dass Mitarbeiter seiner Nachrichtendienste *Alexei Nawalny* vergiftet hätten, und die westlichen Staa-

ten, die Russland diesen Vorwurf machten, versäumten es bislang, gerichtswertbare Beweise vorzulegen. Für Sanktionen brauchte es eigentlich mehr als Büro-Recherchen von Internet-Spionen. Dass es nicht notwendig ist, handfeste Beweise vorzulegen, um Sanktionen zu rechtfertigen, zeigten mehrere Ereignisse in der Vergangenheit. Trotzdem verhängt die EU laufend Sanktionen gegen Russland und droht neue an. Im neusten Streit um die Demonstrationen der Unterstützer von *Nawalny* wirft Russland europäischen Diplomaten vor, sie hätten an verbotenen Demonstrationen teilgenommen. Zu ihrer Rechtfertigung erklärten diese, sie hätten die Demonstrationen nur beobachtet. Das mag sein, wie es ist. Andere Staaten weisen ihr diplomatisches Personal an, regierungskritische Demonstrationen generell zu vermeiden, denn die Übermittlung offizieller Ansichten der Regierung und die Teilnahme an Protesten mögen sich beissen. Das sehen

Schweden, Deutschland und Polen offenbar etwas lockerer. Wie würden diese Länder reagieren, wenn russische Diplomaten zum Beispiel an verbotenen Demonstrationen gegen den Lockdown teilnehmen würden? Die Frage ist akademisch, denn russische Diplomaten sind erfahrungsgemäss zu professionell für solche Spielchen. Den Gipfel der Frechheit lieferte Albanien, das einen russischen Diplomaten auswies, weil dieser gegen Covid-Schutzmassnahmen verstossen habe. Wohl im Tram keine Maske aufgehakt? Tirana entschuldigte sich mit der Bekanntgabe der Ausweisung auch gleich für diese. Alles klar: Brüssel hatte Druck ausgeübt.

Und in dieser Lage kam Joseph Borrell nach Moskau und hoffte auf einen warmherzigen Empfang. Aus der Sicht *Sergej Lawrows* sah das eher so aus, als werde hier das «Good cop, bad cop»-Spiel mit ihm gespielt. Solche Spiele lässt Russland nicht mit sich spielen. Richtig so!

«Beseitigung der angehäuften ...»

Fortsetzung von Seite 3

lungsländern geführt und über eine Milliarde Menschen aus der Armut geholt. Wenn wir also ein Einkommensniveau von 5,50 Dollar pro Person und Tag (in Kaufkraftparitäten) annehmen, dann ist laut Weltbank zum Beispiel in China die Zahl der Menschen mit geringem Einkommen von 1,1 Milliarden im Jahr 1990 auf weniger als 300 Millionen in den letzten Jahren gesunken. Das ist definitiv ein Erfolg Chinas. In Russland ging diese Zahl von 64 Millionen Menschen im Jahr 1999 auf jetzt etwa 5 Millionen zurück. Wir glauben, dass dies auch ein Fortschritt in unserem Land ist, und zwar im wichtigsten Bereich, nebenbei bemerkt.

Die Hauptfrage, deren Antwort in vielerlei Hinsicht einen Hinweis auf die heutigen Probleme geben kann, ist jedoch, was die Natur dieses globalen Wachstums war und wer am meisten davon profitiert hat.

Natürlich profitierten, wie bereits erwähnt, die Entwicklungsländer in hohem Masse von der wachsenden Nachfrage nach ihren traditionellen und sogar neuen Produkten. Diese Einbindung in die Weltwirtschaft führte jedoch nicht nur zu neuen Arbeitsplätzen oder höheren Exporteinnahmen. Sie hatte auch ihre sozialen Kosten, darunter eine erhebliche Kluft bei den individuellen Einkommen.

Kluft auch in entwickelten Ländern

Aber was ist mit den entwickelten Volkswirtschaften, in denen die Durchschnittseinkommen viel höher sind? Es mag ironisch klingen, aber die Schichtung in den entwickelten Ländern geht noch tiefer. Nach Angaben der Weltbank lebten im Jahr 2000 in den Vereinigten Staaten 3,6 Millionen Menschen von einem Einkommen von weniger als 5,50 US-Dollar pro Tag, 2016 waren es bereits 5,6 Millionen Menschen.

Im gleichen Zeitraum führte die Globalisierung zu einem deutlichen Anstieg der Einnahmen grosser multinationaler, vor allem US-amerikanischer und europäischer Unternehmen.

In bezug auf das individuelle Einkommen zeigen die entwickelten Volkswirtschaften in Europa übrigens denselben Trend wie die Vereinigten Staaten.

Aber was die Unternehmensgewinne angeht, wer hat sich die Einnahmen geholt? Die Antwort ist klar: ein Prozent der Bevölkerung.

Und was hat sich im Leben der anderen Menschen getan? In den letzten 30 Jahren stagnierten in einer Reihe von entwickelten Ländern die Realeinkommen von mehr als der Hälfte der Bürger, anstatt zu wachsen. Gleichzeitig sind die Kosten für Bildung und Gesundheitsversorgung gestiegen. Wissen Sie, um wieviel? Um das Dreifache.

Mit anderen Worten: Millionen von Menschen selbst in wohlhabenden Ländern haben die Hoffnung auf eine Erhöhung ihrer Einkommen aufgegeben. Sie stehen inzwischen vor dem Problem, wie sie sich und ihre Eltern gesund erhalten und ihren Kindern eine anständige Ausbildung ermöglichen können.

Eine riesige Masse an Menschen ist nicht gefragt, und ihre Zahl wächst ständig. So haben laut der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) im Jahr 2019 weltweit 21 Prozent oder 267 Millionen junge Menschen nirgendwo studiert oder gearbeitet. Selbst unter denen, die Arbeit hatten (das sind interessante Zahlen), hatten 30 Prozent ein Einkommen von weniger als 3,2 Dollar pro Tag, gemessen an der Kaufkraftparität.

Ungleichgewichte: Folgen verfehlter Konzepte des Washingtoner Konsens

Diese Ungleichgewichte in der globalen sozioökonomischen Entwicklung sind eine direkte Folge der Politik der 1980er Jahre, die oft in vulgärer und dogmatischer Weise verfolgt wurde. Diese Politik beruhte auf dem sogenannten *Washingtoner Konsens* mit seinen ungeschriebenen Regeln, als dem Wirtschaftswachstum auf der Grundlage einer privaten Verschuldung unter den Bedingungen der Deregulierung und niedriger Steuern für die Reichen und die Unternehmen Priorität eingeräumt wurde.

Wie ich bereits erwähnt habe, hat die Corona-Virus-Pandemie diese Probleme nur noch verschärft. Im letzten Jahr erlebte die

Weltwirtschaft den grössten Rückgang seit dem Zweiten Weltkrieg. Bis Juli hatte der Arbeitsmarkt fast 500 Millionen Arbeitsplätze verloren. Ja, die Hälfte davon wurde bis zum Ende des Jahres wiederhergestellt, aber immer noch gingen fast 250 Millionen Arbeitsplätze verloren. Dies ist eine grosse und sehr alarmierende Zahl. Allein in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres beliefen sich die Verdienstaufälle auf 3,5 Billionen Dollar. Diese Zahl ist steigend, und damit nehmen auch die sozialen Spannungen zu.

Zugleich ist die Erholung nach der Krise keineswegs einfach. Hätten wir vor 20 oder 30 Jahren das Problem durch eine stimulierende makroökonomische Politik gelöst (was übrigens immer noch gemacht wird), so sind solche Mechanismen heute an ihre Grenzen gestossen und nicht mehr wirksam. Dieses Mittel hat seinen Nutzen überlebt. Dies ist keine unbewiesene persönliche Schlussfolgerung.

Nach Angaben des IWF hat sich die Gesamtverschuldung von Staaten und Privatpersonen 200 Prozent des weltweiten BIP angenähert und in einigen Ländern sogar 300 Prozent des nationalen BIP überschritten. Gleichzeitig liegen die Zinssätze in den entwickelten Volkswirtschaften bei fast null und in den Schwellenländern auf einem historischen Tiefstand.

Quantitative Lockerung vergrössert Finanzblase und vertieft soziale Kluft

Zusammengenommen macht dies eine wirtschaftliche Stimulierung mit traditionellen Methoden, durch eine Erhöhung der privaten Kredite, nahezu unmöglich. Die sogenannte quantitative Lockerung vergrössert nur die Blase des Wertes von Finanzanlagen und vertieft die soziale Kluft. Die immer grösser werdende Kluft zwischen der realen und der virtuellen Wirtschaft (übrigens haben mir Vertreter des realwirtschaftlichen Sektors aus vielen Ländern bei zahlreichen Gelegenheiten davon berichtet, und ich glaube, dass die an diesem Treffen teilnehmenden Wirtschaftsvertreter mir zustimmen werden) stellt eine sehr reale Bedrohung dar und birgt ernste und unvorhersehbare Schocks.

Rettung des alten Modells dank technologischer Entwicklung?

Die Hoffnung, dass ein Neustart des alten Wachstumsmodells möglich ist, ist mit der rasanten technologischen Entwicklung verbunden. In der Tat haben wir in den letzten 20 Jahren die Grundlage für die sogenannte vierte industrielle Revolution geschaffen, die auf dem breiten Einsatz von KI (Künstliche Intelligenz), Automatisierung und Robotik beruht. Die Corona-Virus-Pandemie hat solche Projekte und deren Umsetzung stark beschleunigt.

Dieser Prozess führt jedoch zu neuen strukturellen Veränderungen, ich denke dabei insbesondere an den Arbeitsmarkt. Das bedeutet, dass sehr viele Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren könnten, wenn der Staat keine wirksamen Massnahmen ergreift, um dies zu verhindern. Die meisten dieser Menschen gehören zur sogenannten Mittelschicht, die die Basis jeder modernen Gesellschaft ist.

2. Gesellschaftspolitische Herausforderungen

In diesem Zusammenhang möchte ich die zweite grundlegende Herausforderung des kommenden Jahrzehnts erwähnen – die gesellschaftspolitische. Die Zunahme der wirtschaftlichen Probleme und der Ungleichheit spaltet die Gesellschaft und führt zu sozialer, rassistischer und ethnischer Intoleranz. Bezeichnenderweise brechen diese Spannungen sogar in den Ländern aus, die scheinbar über zivile und demokratische Institutionen verfügen, die solche Phänomene und Exzesse abmildern und stoppen sollen.

Die systemischen sozioökonomischen Probleme rufen eine solche soziale Unzufriedenheit hervor, dass sie besondere Aufmerksamkeit und echte Lösungen erfordern. Die gefährliche Illusion, dass sie ignoriert oder in die Ecke gedrängt werden können, hat ernsthafte Konsequenzen.

In diesem Fall wird die Gesellschaft weiterhin politisch und sozial gespalten sein. Das wird zwangsläufig passieren, weil die Menschen nicht wegen irgendwelcher abstrakter

Fragen unzufrieden sind, sondern wegen realer Probleme, die jeden betreffen, unabhängig davon, welche politischen Ansichten die Menschen haben oder zu haben glauben. Inzwischen rufen reale Probleme Unzufriedenheit hervor.

Technologiegiganten und Gefahren monopolisierter Macht

Ich möchte einen weiteren wichtigen Punkt hervorheben. Moderne Technologieriesen, vor allem digitale Unternehmen, haben begonnen, eine immer grössere Rolle im Leben der Gesellschaft zu spielen. Darüber wird jetzt viel gesprochen, vor allem im Hinblick auf die Ereignisse während des Wahlkampfes in den USA. Sie sind nicht nur irgendwelche Wirtschaftsgiganten. In einigen Bereichen stehen sie de facto in Konkurrenz zu Staaten. Ihr Publikum besteht aus Milliarden von Nutzern, die einen erheblichen Teil ihres Lebens in diesen Ökosystemen verbringen.

Nach Meinung dieser Unternehmen ist ihr Monopol optimal für die Organisation von technologischen und geschäftlichen Prozessen. Vielleicht ist das so, aber die Gesellschaft fragt sich, ob ein solcher Monopolismus den öffentlichen Interessen entspricht. Wo ist die Grenze zwischen erfolgreichen globalen Geschäften, gefragten Dienstleistungen und Big-data-Konsolidierung und den Versuchen, die Gesellschaft nach eigenem Gutdünken und auf harte Art und Weise zu steuern, legale demokratische Institutionen zu ersetzen und das natürliche Recht der Menschen, selbst zu entscheiden, wie sie leben, was sie wählen und welche Position sie frei äussern wollen, im wesentlichen zu usurpieren oder zu beschränken? All diese Phänomene haben wir gerade in den USA erlebt, und jeder versteht jetzt, wovon ich spreche. Ich bin zuversichtlich, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen diese Position teilt, einschliesslich der Teilnehmer an der aktuellen Veranstaltung.

3. Herausforderung: Die Bedrohung durch Verschärfung internationaler Probleme

Die dritte Herausforderung schliesslich, oder genauer gesagt, die eindeutige Bedrohung, der wir im kommenden Jahrzehnt durchaus begegnen könnten, ist die weitere Verschärfung vieler internationaler Probleme. Denn ungelöste und zunehmende interne sozioökonomische Probleme könnten die Suche nach jemandem provozieren, dem man die Schuld für alle Probleme geben und auf den man die Irritation und Unzufriedenheit seiner Bürger umlenken könnte. Wir können dies bereits sehen. Wir spüren, dass das Ausmass der ausserpolitischen und propagandistischen Rhetorik zunimmt.

Schuldzuweisungen, aggressive Massnahmen und kriegerische Auseinandersetzungen

Es ist zu erwarten, dass auch die Art der praktischen Massnahmen aggressiver wird, unter anderem in Form des Drucks auf die Länder, die mit der Rolle des gehorsamen, verwalteten Satelliten nicht einverstanden sind, des Einsatzes von Handelsbarrieren, illegitimer Sanktionen und Einschränkungen im Finanz-, Technologie- und im Cyber-Bereich.

Ein solches Spiel ohne Regeln erhöht das Risiko der unilateralen Anwendung militärischer Gewalt entscheidend, das heisst die Anwendung von Gewalt unter dem einen oder anderen weit hergeholtten Vorwand. Damit vervielfacht sich die Wahrscheinlichkeit, dass neue Krisenherde auf unserem Planeten aufflammen. Das alles sind Dinge, die uns nur beunruhigen können.

Es braucht gemeinsame Ansätze zur Überwindung der Ungleichgewichte

Gleichzeitig, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir trotz dieses Wirrwarrs von Differenzen und Herausforderungen den positiven Blick in die Zukunft nicht verlieren und müssen uns weiterhin für eine konstruktive Agenda einsetzen. Es wäre naiv, mit allgemeingültigen Wunderrezepten für die Lösung der oben genannten Probleme aufzuwarten. Aber wir müssen sicherlich versuchen, gemeinsame Ansätze zu erarbeiten, unsere Positionen so weit wie möglich anzunähern und die Quellen globaler Spannungen zu identifizieren.

Ich möchte meine These noch einmal unterstreichen: Der wesentlichste Grund für

die Instabilität des globalen Wachstums liegt in den kumulierten sozioökonomischen Problemen.

Die Schlüsselfrage ist heute also, welcher Art die Massnahmen zu sein haben, um nicht nur die von der Pandemie betroffenen globalen und nationalen Volkswirtschaften schnell wiederherzustellen, sondern auch sicherzustellen, dass diese Erholung langfristig nachhaltig ist und eine qualitativ hochwertige Struktur aufweist, die dazu beiträgt, die Last der sozialen Ungleichgewichte zu überwinden. Es liegt auf der Hand, dass angesichts der oben genannten Einschränkungen die makroökonomische Politik stärker auf fiskalische Anreize und staatliche Budgets setzen wird und das Wirtschaftswachstum weitgehend von fiskalischen Anreizen abhängen wird, wobei die Zentralbanken eine Schlüsselrolle spielen werden.

In der Tat beobachten wir solche Trends bereits in den entwickelten Ländern und auch in einigen Entwicklungsländern. Eine zunehmende Rolle des Staates im sozioökonomischen Bereich auf nationaler Ebene impliziert natürlich eine grössere Verantwortung und eine enge zwischenstaatliche Interaktion auch in Fragen der globalen Agenda.

Inklusives Wachstum und angemessener Lebensstandard für alle

Die Forderung nach inklusivem Wachstum und der Schaffung eines angemessenen Lebensstandards für alle wird regelmässig in verschiedenen internationalen Foren erhoben. So sollte es sein, wir arbeiten gemeinsam in eine absolut notwendige Richtung.

Es ist klar, dass die Welt nicht damit fortfahren kann, eine Wirtschaft zu schaffen, von der nur eine Million Menschen profitieren, oder gar eine «goldene Milliarde». Das ist einfach eine destruktive Position. Ein solches Modell ist per Definition nicht nachhaltig. Die jüngsten Entwicklungen, einschliesslich der Migrationskrisen, haben dies einmal mehr bestätigt.

Es braucht Taten zur Verringerung der sozialen Ungleichheiten

Wir müssen jetzt von allgemeinen Erklärungen zu Taten übergehen und unsere Anstrengungen und Ressourcen auf die Verringerung der sozialen Ungleichheit in den einzelnen Ländern und die allmähliche Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklungsstandards der verschiedenen Länder und Regionen der Welt konzentrieren. Dies würde den Migrationskrisen ein Ende setzen.

Bedeutung und Schwerpunkte einer solchen Politik, die eine nachhaltige und harmonische Entwicklung sicherstellen soll, liegen auf der Hand. Sie impliziert die Schaffung neuer Möglichkeiten für jeden, Bedingungen, unter denen jeder einzelne in der Lage sein wird, sich zu entwickeln und sein Potential zu verwirklichen, unabhängig davon, wo er geboren wurde und lebt.

Ich möchte hier auf vier Schlüsselprioritäten hinweisen, wie ich sie sehe. Das ist vielleicht nichts Originelles, aber da Klaus mir erlaubt hat, die Position Russlands, meine Position, darzustellen, werde ich das auf jeden Fall tun.

Vernünftige Lebensbedingungen

Zuallerst müssen alle Menschen komfortable Lebensbedingungen haben, dazu gehören Wohnraum und eine erschwingliche Verkehrs-, Energie- und öffentliche Versorgungsinfrastruktur. Dazu kommt das Wohlergehen der Umwelt, was nicht ausser Acht gelassen werden darf.

Arbeitsplätze

Zweitens muss jeder sicher sein, dass er einen Arbeitsplatz hat, der ein nachhaltiges Wachstum des Einkommens und damit einen angemessenen Lebensstandard gewährleistet. Jeder muss Zugang zu einem effektiven System des lebenslangen Lernens haben, das heute absolut unverzichtbar ist und das es den Menschen ermöglicht, sich zu entwickeln, Karriere zu machen und im Ruhestand eine anständige Rente und Sozialleistungen zu erhalten.

Sichere medizinische Versorgung

Drittens müssen die Menschen darauf vertrauen können, dass sie bei Bedarf eine quali-

Sie wollen die Freiheit von Forschung und Lehre verteidigen

70 deutschsprachige Hochschullehrer gründen «Netzwerk Wissenschaftsfreiheit»

von Karl-Jürgen Müller

Am 3. Februar 2021 wandten sich 70 deutschsprachige Hochschullehrer – darunter auch einige aus Österreich und der Schweiz – als *Netzwerk Wissenschaftsfreiheit* mit einem «Manifest» an die Öffentlichkeit. Sie schalteten auch eine Internetseite: <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/>. Auf der Internetseite sind bislang eine kurze Vorstellung des Netzwerkes und seines Anliegens, eine Presseerklärung des Netzwerkes, die Namen der 70 Hochschullehrer, die Namen der fünfköpfigen «Steuerungsgruppe» und das «Manifest» zu finden.

Im Manifest heisst es: «Das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit ist ein Zusammenschluss von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit dem gemeinsamen Anliegen, die Freiheit von Forschung und Lehre gegen ideologisch motivierte Einschränkungen zu verteidigen und zur Stärkung eines freiheitlichen Wissenschaftsklimas beizutragen.»

«Wer nicht mitspielt, muss damit rechnen, diskreditiert zu werden»

Die «verfassungsrechtlich verbürgte Freiheit von Forschung und Lehre», so der Text, solle «zunehmend unter moralischen und politischen Vorbehalt gestellt werden. [...] Einzelne beanspruchen vor dem Hintergrund ihrer Weltanschauung und ihrer politischen Ziele, festlegen zu können, welche Fragestellungen, Themen und Argumente verwerflich sind. Damit wird der Versuch unternommen, Forschung und Lehre weltanschaulich zu normieren und politisch zu instrumentalisieren. Wer nicht mitspielt, muss damit rechnen, diskreditiert zu werden.» Auf diese Weise werde «ein Konformitätsdruck erzeugt, der immer häufiger dazu führt, wissenschaftliche Debatten im Keim zu ersticken».

Zudem werde versucht, «Forschungsprojekte, die mit den weltanschaulichen Vorstellungen nicht konform gehen, zu verhindern und die Publikation entsprechend missliebiger Ergebnisse zu unterbinden». Von besonderer Bedeutung seien dabei «die mittelbaren Wirkungen dieser Druckmassnahmen: Sie senden das Signal, dass man auf den «umstrittenen» Gebrauch seiner Forschungs- und Lehrfreiheit künftig besser verzichte». So entstehe ein Umfeld, das dazu führt, «dass Hochschulangehörige ihre Forschungs- und Lehrfreiheit selbst beschränken, weil sie antizipieren, mit Äusserungen, Themenstellungen oder Veranstaltungen als Person diskreditiert zu werden».

Für eine argumentative Auseinandersetzung

Als Ziele des Netzwerkes werden genannt:

- «allen Versuchen entgegenwirken, die wissenschaftliche Arbeit von Hochschulangehörigen einzuschränken. Grenzen dieser Freiheit sind ausschliesslich Verfassung und Gesetz;
- sich aktiv dafür einsetzen, dass intellektuelle Freiheit und wissenschaftlicher Pluralismus in Forschungsfragen, Forschungsansätzen und Forschungsmethoden als selbstverständlich gelten und dass die argumentative Auseinandersetzung mit anderen Ansätzen und Perspektiven stattfindet, auch und gerade, wenn sie inhaltlich nicht geteilt werden;
- für eine Debattenkultur eintreten, in der alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierenden ihre Erkenntnisinteressen frei von Sorgen vor moralischer Diskreditierung, sozialer Ausgrenzung oder beruflicher Benachteiligung verfolgen und ihre Argumente in Debatten einbringen können. Wir bestehen darauf, dass Debatten von gegenseitigem Respekt geprägt sind und Ad-hominem-Argumente unterbleiben.»

Für diese Ziele soll die «Bedeutung der Forschungs- und Lehrfreiheit durch öffentliche Veranstaltungen» herausgestellt werden, die «Gefährdungen der gelebten Wissenschaftsfreiheit» sollen analysiert werden, Fälle ihrer Einschränkung offengelegt und Gegenstrategien entwickelt werden. Das Netzwerk will «Debattenformate [schaffen], die zu unterschiedlichen Themen möglichst viele Per-



Würden Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Schiller und Wilhelm von Humboldt heute noch gerne in Deutschland leben? (Bilder Wikipedia)

spektiven» bieten und «in einem offenen intellektuellen Klima ausgetauscht werden» können. Diejenigen, «die sich Angriffen auf ihre Wissenschaftsfreiheit ausgesetzt sehen», sollen unterstützt werden.

* * *

Dass sich gleich 70 deutschsprachige Hochschullehrer unterschiedlicher Disziplinen und unterschiedlicher Hochschulorte mit einem Manifest zum Thema Wissenschaftsfreiheit zu Wort melden, ist nicht alltäglich. Und dass Intoleranz an Hochschulen – die ja eigentlich ein Ort ausgeprägter Gesprächskultur sein sollten – ganz besondere Auswüchse zeitigen kann, lehrt ein Blick in die Geschichte. In den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts standen dafür die radikalen Kräfte der Studentenbewegung und der zunehmende Einfluss des Neomarxismus auf Forschung und Lehre. Die Probleme, die heute wieder zu einem Ruf nach Freiheit von Forschung und Lehre führen, sind zwar andere als im Gefolge der Studentenbewegung – aber es wäre auch interessant, die Bezüge zwischen Versatzstücken der neomarxistischen Theorie der Frankfurter Schule und dem, was heute als «Cancel Culture» und schon länger als «Political Correctness» bezeichnet wird, genauer zu untersuchen. Offensichtlich sind die Parallelen zur Situation an den US-amerikanischen Hochschulen. Deren «Identitätspolitik» ist das Muster.

Wenig Medienunterstützung

Die Gründung des Netzwerkes Wissenschaftsfreiheit hat ein breites Medienecho hervorgerufen, die Anzahl der positiven Rückmeldungen ist dabei bislang gering. Statt dessen finden sich Kritik an mangelnden konkreten Belegen für eine Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit, Versuche, die konkreten Fälle als Einzelfälle zu bagatellisieren, einige zum Teil plumpe Polemiken, die Etikettierung mit dem Label «rechts» oder gar scharfe Attacken wie die der deutschsprachigen trotzkistischen *World Socialist Web Site*, die behauptet, das Netzwerk sei eines «zur Rehabilitierung Hitlers».

Ein paar Vertreter des Netzwerkes konnten ihre Auffassungen in Interviews darlegen, so zum Beispiel die deutsche Politikwissenschaftlerin und Soziologin *Ulrike Ackermann* in der deutschen Zeitung «Welt» vom 11. Februar 2021 – und schon am 8. Februar ausführlich in der «Neuen Zürcher Zeitung» mit dem Titel: «Die Prinzipien der Aufklärung sind fundamental. Wir müssen sie verteidigen.»

Ein alltägliches Beispiel ...

In einem Streitgespräch zwischen *Sandra Kostner*, der Sprecherin des Netzwerkes, und der Politikwissenschaftlerin *Gudrun Hentges*, das die Internetseite der deutschen Zeitung *Freitag* in ihrer Ausgabe vom Februar 2021 veröffentlicht hat, wird deutlich, um welche Phänomene es konkret und alltäglich geht: Eine dunkelhäutige Studentin mit deutscher Staatsbürgerschaft wurde von ihrem Hochschullehrer in Köln gefragt, woher sie komme. Sie fühlte sich von dieser Frage rassistisch angegangen und richtete eine Petition an die Landesregierung ihres Bundeslandes mit dem Ziel, «institutionellen Rassismus» zu «dekonstruieren». Auf den Eintrag der Studentin in ihrem «sozialen Netz» wurde mehr als 50 000 mal reagiert. Frau Hentges findet es «mutig, dass die Kölner Studentin ihre Erfahrungen geteilt und in die politische Debatte interveniert hat». «Rassismus» könne man «nicht auf individuelle Vorurteile reduzieren», er sei «ein strukturelles Problem».

... und die Weltanschauung im Hintergrund

Dahinter steht die Auffassung, dass Geschichte und Gegenwart des «Westens» vor allem und bis heute eine Geschichte des Kolonialismus, des Rassismus, der Frauenfeindlichkeit und der Herrschaft des weissen Mannes sei. *Ulrike Ackermann* sagt: «Patriarchatskritik, Antikapitalismus und Antikolonialismus waren Triebfedern für diese Bewegungen. [...] Die jahrhundertelange Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen, ethnischen Minderheiten und Religionen soll ins Zentrum rücken. Eurozentrismus und patriarchalische Herrschaft hätten den Blick verstellt. Die Verbrechen der Kolonialgeschichte spiegelten sich nicht im klassischen wissenschaftlichen Kanon wider.»

Frau Kostner entgegnet: «Bis vor ungefähr zehn Jahren wurde [in Seminaren für interkulturelle Kompetenz] vermittelt, dass man die Frage nach der Herkunft stellen soll, weil das ein Zeichen der Höflichkeit sei, Interesse signalisiere.» Inzwischen aber werde die Frage nach der Herkunft eines Menschen «vor allem im identitätslinken Milieu als Absprechen der Zugehörigkeit oder sogar als Zeichen des Rassismus gedeutet».

Ähnliche Erlebnisse kann ein Hochschullehrer, können Studenten machen, wenn sie sich nicht an die Vorschriften der Gendertheorie oder der LBGTQ-Bewegung halten. Auch wer Theorie und Praxis des Multikulturalismus und des Internationalismus in Frage

stellt oder gar für souveräne Nationalstaaten plädiert, muss damit rechnen, ins Schussfeld zu geraten. Es kann schon ausreichen, wenn ein Hochschulangehöriger weiterhin Student statt Student*in schreibt.²

Frau Hentges sagt auch, dass alle eine «Verantwortung» haben, «vulnerable Gruppen zu schützen». Gemeint seien «von Rassismus betroffene Menschen, die verbalen oder körperlichen Angriffen ausgesetzt sind. Geflüchtete sind auf Grund ihrer traumatischen Erfahrung im Herkunftsland und auf der Flucht eine besonders vulnerable Gruppe». Frau Hentges sagt es nicht, aber die Frage stellt sich: Ist es dann noch erlaubt, Kritik am konkreten Verhalten von Flüchtlingen zu üben?

Nur noch Opportunisten?

Ulrike Ackermann sagt in ihrem Interview mit der «Neuen Zürcher Zeitung», dass mit der «Verengung von Fragestellungen, Themen und Argumenten» eine «Politisierung» verbunden sei, «mit dem Ziel, die Gesellschaft zu verändern». Frau Kostner sagt im Streitgespräch, es gehe den Protagonisten der Bewegung darum, «Konformitätsdruck [zu] erzeugen. Also jeden als Rassisten, Sexisten, Islamophoben usw. zu bezeichnen, der ihre Sichtweise nicht teilt». Und mit Blick auf die Studenten an den Hochschulen sagt Frau Ackermann: «Selbständige Urteilskraft, die Fähigkeit, Perspektiven zu wechseln, das Streben nach Erkenntnis ohne absolute Gewissheit, wissenschaftlicher Pluralismus – also all die Grundprinzipien des Humboldtschen Bildungsideals –, all dies lernen Studierende unter diesen neuen Bedingungen gerade nicht. Und das ist natürlich fatal für zukünftige gesellschaftliche Leistungsträger. Studienabgänger sind dann eher Opportunisten, die nicht auffallen wollen, keine Konflikte eingehen und nicht wirklich den Wettbewerb der Ideen vorantreiben können.»

¹ vgl. einführend zum Begriff «Identitätspolitik» den Eintrag bei Wikipedia (<https://de.wikipedia.org/wiki/Identit%C3%A4tspolitik>). Dass «Identitätspolitik» gerade auch von deutschen staatlichen Stellen befürwortet wird, zeigt eine Veröffentlichung der *Bundeszentrale für politische Bildung*: *Identitätspolitik; Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 9–11/2019 vom 25.2.2019 (<https://www.bpb.de/apuz/286499/identitaetspolitik>)

² vgl. «Student*innen! Verklagt die Sprachpolizei an eurer Uni!», in: *Süddeutsche Zeitung* vom 31.10.2019; <https://www.sueddeutsche.de/bildung/universitaet-gender-verein-deutsche-sprache-1.4661809>

«Beseitigung der angehäuften ...»

Fortsetzung von Seite 4

tativ hochwertige und effektive medizinische Versorgung erhalten und dass das Gesundheitssystem ihres Landes ihnen in jedem Fall den Zugang zu modernen medizinischen Leistungen garantiert.

Bildungsmöglichkeiten für alle

Viertens müssen Kinder, unabhängig vom Familieneinkommen, die Möglichkeit haben, eine gute Ausbildung zu erhalten und ihr Potential ausschöpfen zu können. Jedes Kind hat Potential.

Nur so können wir eine möglichst effiziente Entwicklung der modernen Wirtschaft gewährleisten, in welcher der Mensch als Zweck und nicht als Mittel wahrgenommen wird. Nur die Länder, die in der Lage sind, zumindest in diesen vier Bereichen Fortschritte zu erzielen, werden ihre eigene nachhaltige und umfassende Entwicklung ermöglichen. Diese vier Bereiche sind nicht erschöpfend, und ich habe nur die wichtigsten Aspekte genannt.

Unsere Entwicklungsziele für Russland

Diese Ansätze sind das Herzstück der Strategie, auf denen auch mein Land aufbaut. Unsere Prioritäten sind auf die Menschen, ihre Familien, auf die Sicherung der demographischen Entwicklung und den Schutz des Volkes ausgerichtet, darauf, das Wohlbefinden der Menschen zu verbessern und ihre Gesundheit zu schützen. Wir arbeiten jetzt daran, günstige Bedingungen für würdige und kosteneffiziente Arbeit und erfolgreiches Unternehmertum zu schaffen und die digitale Transformation als Grundlage einer Hightech-Zukunft für das ganze Land und nicht nur für eine kleine Gruppe von Unternehmen zu sichern.

Wir wollen die Anstrengungen des Staates, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft auf diese Aufgaben konzentrieren und in den kommenden Jahren eine Haushaltspolitik mit entsprechenden Anreizen umsetzen.

Bei der Verfolgung unserer nationalen Entwicklungsziele sind wir offen für eine möglichst breite internationale Zusammenarbeit, und wir sind überzeugt, dass die Zusammenarbeit in Fragen der globalen sozioökonomischen Agenda die Gesamtatmosphäre in globalen Angelegenheiten positiv beeinflussen würde, und dass die gegenseitige Abhängigkeit bei der Lösung akuter aktueller Probleme auch das gegenseitige Vertrauen stärken würde, was heute besonders wichtig und besonders dringend ist.

Der Versuch einer unipolaren Weltordnung ist nun Geschichte

Offensichtlich ist die Ära, die mit dem Versuch verbunden war, eine zentralisierte und unipolare Weltordnung aufzubauen, zu Ende. Um ehrlich zu sein, hat diese Ära nicht einmal begonnen. Es wurde lediglich ein Versuch in diese Richtung unternommen, aber auch dieser ist nun Geschichte. Das Wesen dieses Monopols lief der kulturellen und historischen Vielfalt unserer Zivilisation zuwider.

Die Realität ist so, dass sich in der Welt in der Tat unterschiedliche Entwicklungszentren mit ihren eigenen, unverwechselbaren Modellen, politischen Systemen und sozialen Institutionen herausgebildet haben. Heute ist es sehr wichtig, Mechanismen zur Harmonisierung ihrer Interessen zu schaffen, um zu verhindern, dass die Vielfalt und der natürliche Wettbewerb der Entwicklungspole Anarchie und eine Reihe von langwierigen Konflikten auslösen.

Um dies zu erreichen, müssen wir jene universellen Institutionen konsolidieren und weiterentwickeln, die eine besondere Verantwortung für die Gewährleistung von Stabilität und Sicherheit in der Welt und für die Formulierung und Definition von Verhaltensregeln sowohl in der Weltwirtschaft als auch im Handel tragen.

Ich habe mehr als einmal erwähnt, dass viele dieser Institutionen nicht die besten Zeiten durchmachen. Wir haben dies bei verschiedenen Gipfeltreffen immer wieder angesprochen. Natürlich wurden diese Institutionen in einer anderen Ära gegründet. Das ist klar. Es mag ihnen sogar aus objektiven Gründen schwerfallen, die modernen Herausforderungen zu bewältigen. Ich

möchte jedoch betonen, dass dies keine Entschuldigung dafür ist, sie aufzugeben, ohne eine Gegenleistung anzubieten, zumal diese Strukturen über einzigartige Arbeitserfahrungen und ein riesiges, aber weitgehend ungenutztes Potential verfügen. Sie müssen natürlich sorgfältig an die modernen Realitäten angepasst werden. Aber es ist zu früh, sie auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Es ist wichtig, mit ihnen zu arbeiten und sie zu nutzen.

Multilaterale Formen der Zusammenarbeit funktionieren

Darüber hinaus ist es natürlich auch wichtig, neue, zusätzliche Formate der Zusammenarbeit zu nutzen. Ich spreche hier von Phänomenen wie denen des Multilateralismus. Natürlich kann man das auch anders interpretieren, auf seine eigene Art und Weise. Man kann es als Versuch sehen, die eigenen Interessen durchzusetzen oder einseitigen Aktionen den Anschein von Legitimität zu geben, wenn alle anderen nur zustimmend nicken können. Oder es handelt sich um eine echte Vereinigung der Bemühungen souveräner Staaten, um spezifische Probleme zum gemeinsamen Nutzen zu lösen. In diesem Fall kann es um die Regelung regionaler Konflikte gehen, um die Bildung technologischer Allianzen und um viele andere Fragen, einschliesslich der Bildung grenzüberschreitender Verkehrs- und Energiekorridore und so weiter und so fort.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren! Das eröffnet vielfältige Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Solche multilateralen Ansätze funktionieren. Wir wissen aus der Praxis, dass sie funktionieren. Wie Sie vielleicht wissen, tun Russland, Iran und die Türkei im Rahmen des *Astana-Formats* viel für die Stabilisierung der Lage in Syrien und helfen jetzt, einen politischen Dialog in diesem Land zu etablieren. Wir tun dies gemeinsam. Und in der Regel nicht ohne Erfolg, das möchte ich betonen.

Russland hat zum Beispiel aktive Vermittlungsbemühungen unternommen, um

«Es ist klar, dass die Welt nicht damit fortfahren kann, eine Wirtschaft zu schaffen, von der nur eine Million Menschen profitieren, oder gar eine «goldene Milliarde». Das ist einfach eine destruktive Position. Ein solches Modell ist per Definition nicht nachhaltig.»

den bewaffneten Konflikt in Berg-Karabach zu beenden, an dem Völker und Staaten beteiligt sind, die uns nahe stehen – Aserbaidschan und Armenien. Zugleich haben wir uns bemüht, die wichtigsten Vereinbarungen der Minsk-Gruppe der OSZE zu befolgen, insbesondere die zwischen ihren Kovorsitzenden – Russland, den Vereinigten Staaten und Frankreich. Auch das ist ein sehr gutes Beispiel für die Zusammenarbeit.

Wie Sie vielleicht wissen, wurde im November eine trilaterale Erklärung von Russland, Aserbaidschan und Armenien unterzeichnet. Wichtig ist, dass sie im grossen und ganzen konsequent umgesetzt wird. Wir haben es geschafft, das Blutvergiessen zu stoppen. Das ist das Allerwichtigste. Es ist uns gelungen, das Blutvergiessen zu beenden, einen vollständigen Waffenstillstand zu erreichen und den Stabilisierungsprozess zu beginnen.

Jetzt stehen die internationale Gemeinschaft und zweifellos auch die an der Krisenbewältigung beteiligten Länder vor der Aufgabe, den betroffenen Gebieten bei der Bewältigung der humanitären Herausforderungen zu helfen, die mit der Rückkehr der Flüchtlinge, dem Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur, dem Schutz und der Wiederherstellung historischer, religiöser und kultureller Sehenswürdigkeiten verbunden sind.

Oder ein anderes Beispiel: Ich möchte auf die Rolle Russlands, Saudi-Arabiens, der Vereinigten Staaten und einer Reihe anderer Länder bei der Stabilisierung des globalen Energiemarktes hinweisen. Dieses Format ist zu einem produktiven Beispiel für das Zusammenwirken von Staaten mit unterschiedlichen, manchmal sogar diametral entgegengesetzten Einschätzungen globaler Prozesse und mit ihren eigenen Weltanschauungen geworden.

Pandemiebekämpfung: Tests und Impfungen müssen allen zugänglich sein

Zugleich gibt es natürlich Probleme, die ausnahmslos alle Staaten betreffen. Ein Beispiel ist die Zusammenarbeit bei der Erforschung und Bekämpfung der Corona-Virus-Infektion. Wie Sie wissen, sind in letzter Zeit mehrere Varianten dieser als gefährlich bekannten Krankheit aufgetaucht. Die internationale Gemeinschaft muss Bedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und anderen Fachleuten schaffen, um zu verstehen, wie und warum Mutationen des Corona-Virus auftreten und wie sich die verschiedenen Stämme unterscheiden. Und natürlich müssen wir die Bemühungen der ganzen Welt koordinieren, wie es der UN-Generalsekretär verlangt und wie wir es kürzlich auf dem G-20-Gipfel gefordert haben, um die Bemühungen der ganzen Welt im Kampf gegen die Ausbreitung der Krankheit zu vereinen und die Verfügbarkeit der dringend benötigten Impfstoffe gegen das Corona-Virus zu erhöhen. Wir müssen den Ländern helfen, die Unterstützung brauchen, einschliesslich der afrikanischen Nationen. Ich beziehe mich auf die Ausweitung des Umfangs von Tests und Impfungen.

Wir sehen, dass Massimpfungen heute vor allem den Bürgern der entwickelten Länder zur Verfügung stehen, während Hunderte von Millionen von Menschen auf der Welt nicht einmal die Hoffnung auf solchen Schutz haben. In der Praxis können solche Ungleichheiten zu einer allgemeinen Bedrohung führen, denn es ist bekannt und wurde schon oft gesagt, dass die Epidemie weiter anhalten wird und unkontrollierte Brutstätten fortbestehen werden. Die Epidemie hat keine Grenzen.

Für Infektionen und Pandemien gibt es keine Grenzen. Wir müssen also Lehren aus der aktuellen Situation ziehen und Massnahmen vorschlagen, die darauf abzielen, das Auftreten solcher Krankheiten und die Entwicklung solcher Fälle in der Welt besser zu überwachen.

Probleme, die wir nur gemeinsam lösen können

Ein weiterer wichtiger Bereich, in dem wir unsere Arbeit, ja, die Arbeit der gesamten Weltgemeinschaft koordinieren müssen, ist der Schutz des Klimas und der Natur unseres Planeten. Ich werde hier auch nichts Neues sagen.

Nur gemeinsam können wir Fortschritte bei der Lösung solch kritischer Probleme wie der globalen Erwärmung, der Verringerung der Waldflächen, dem Verlust der Artenvielfalt, der Zunahme der Abfälle, der Verschmutzung der Ozeane mit Plastik und so weiter erzielen und ein optimales Gleichgewicht zwischen den Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Erhaltung der Umwelt für die heutigen und künftigen Generationen finden.

Interessenkonflikte sind kein Hindernis, in kritischen Momenten zusammenzuarbeiten

Liebe Teilnehmer des Forums, liebe Freunde, wir alle wissen, dass Wettbewerb und Rivalität zwischen Ländern in der Weltgeschichte nie aufgehört haben, nicht aufhören und nie aufhören werden. Und Widersprüche und Interessenkonflikte sind für einen so komplexen Organismus wie die menschliche Zivilisation eigentlich auch eine natürliche Sache. In kritischen Momenten hat uns das aber nicht gehindert, sondern im Gegenteil ermutigt, die Anstrengungen in die wichtigsten, wirklich schicksalhaften Richtungen zu bündeln. Und es scheint mir, dass wir genau eine solche Periode durchleben.

Es ist sehr wichtig, die Situation ehrlich einzuschätzen, sich nicht auf imaginäre, sondern auf reale globale Probleme zu konzentrieren, auf die Beseitigung von Ungleichgewichten, die für die gesamte Weltgemeinschaft entscheidend sind. Dann, da bin ich mir sicher, werden wir Erfolg haben und

die Herausforderungen des dritten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts angemessen bewältigen können.

Ich möchte meine Ausführungen hier beenden und Ihnen für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit danken.

Herzlichen Dank.

Klaus Schwab: Vielen Dank, Herr Präsident. Viele der angesprochenen Themen sind sicherlich Teil unserer Diskussionen während der Woche hier in Davos. Wir ergänzen die Reden auch durch Task Forces, die sich mit einigen der von Ihnen angesprochenen Themen befassen, z. B. die Entwicklungsländer nicht zurückzulassen, sich um, sagen wir, die Schaffung der Fähigkeiten für morgen zu kümmern, und so weiter. Herr Präsident, wir bereiten uns auf die Diskussion danach vor, aber ich habe eine ganz kurze Frage. Es ist eine Frage, die wir diskutiert haben, als ich Sie vor 14 Monaten in St. Petersburg besucht habe. Wie sehen Sie die Zukunft der europäisch-russischen Beziehungen? Nur eine kurze Antwort.

Wladimir Putin: Sie wissen, dass es Dinge absolut grundlegender Natur gibt, wie zum Beispiel unsere gemeinsame Kultur. Bedeutende europäische Politiker haben in der jüngsten Vergangenheit über die Notwendigkeit gesprochen, die Beziehungen zwischen Europa und Russland auszubauen, und weisen darauf hin, dass Russland ein Teil Europas ist. Geographisch und vor allem kulturell sind wir eine einzige Zivilisation. Die französische Führung hat von der Notwendigkeit gesprochen, einen einheitlichen Raum von Lissabon bis zum Ural zu schaffen. Ich denke, und habe es auch gesagt: Warum bis zum Ural? Bis nach Wladiwostok.

Ich habe den herausragenden europäischen Politiker, den ehemaligen Bundeskanzler *Helmut Kohl*, persönlich sagen hören, dass, wenn die europäische Kultur überleben und auch in Zukunft eines der Zentren der Weltzivilisation bleiben will, und wenn man alle Probleme und Trends der Weltzivilisation bedenkt, dann Westeuropa und Russland natürlich zusammen sein müssen. Dem kann man kaum widersprechen. Wir haben den gleichen Standpunkt und die gleiche Position.

Es ist klar, dass die heutige Situation nicht normal ist. Wir müssen zu einer positiven Agenda zurückkehren. Das liegt im Interesse Russlands und, davon bin ich überzeugt, auch im Interesse der europäischen Länder. Natürlich hat die Pandemie auch eine negative Rolle gespielt. Unser Handel mit der Europäischen Union ist rückläufig, obwohl die EU einer unserer wichtigsten Handels- und Wirtschaftspartner ist. Auf unserer Agenda stehen die Rückkehr zu positiven Trends und der Ausbau der Handels- und Wirtschaftskooperation.

Europa und Russland sind aus Sicht der Wirtschaft, der Forschung, der Technologie und der räumlichen Entwicklung für die europäische Kultur absolut natürliche Partner, wenn man bedenkt, dass Russland als Land der europäischen Kultur flächenmässig etwas grösser ist als die gesamte EU. Die Ressourcen und das menschliche Potential Russlands sind enorm. Ich will nicht alle positiven Dinge aufzählen, die Europa hat und die auch der Russischen Föderation zugute kommen könnten.

Wichtig ist hier nur, dass man den Dialog miteinander fair angeht. Wir müssen uns von den Phobien der Vergangenheit befreien, uns davon lösen, all die Probleme, die wir aus den vergangenen Jahrhunderten geerbt haben, in unseren innenpolitischen Prozessen zu verwenden, und in die Zukunft schauen. Wenn wir uns über diese Probleme der Vergangenheit erheben können, diese Phobien loswerden, dann werden wir definitiv eine positive Phase in unseren Beziehungen haben.

Wir sind dazu bereit, wir wollen das, und wir werden uns bemühen, dies zu verwirklichen. Aber Liebe ist unmöglich, wenn sie nur von einer Seite erklärt wird. Sie muss auf Gegenseitigkeit beruhen.

Klaus Schwab: Vielen Dank, Herr Präsident. •

Quelle: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/64938>; russisch unter: kremlin.ru/events/president/news/64938 Video mit Simultanübersetzungen unter: <https://www.weforum.org/events/the-davos-agenda-2021/sessions/special-address-by-vladimir-putin-president-of-the-russian-federation>

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Ein Kompass für die Wirtschaftspolitik aller Völker: Selbstversorgung der Bevölkerung an erster Stelle

Freihandelsvertrag EFTA-Indonesien und Schweizer Agrarpolitik 22+

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Wie sollen sich die kleineren oder die weniger im Rampenlicht stehenden Staaten in der globalisierten Welt bewegen und ihre Interessen wirksam vertreten? In der letzten Ausgabe von Zeit-Fragen haben wir das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien unter die Lupe genommen. Handelsverträge sind seit Jahrhunderten ein wichtiges Instrument der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen souveränen Staaten. Aber es müssen Win-win-Abkommen sein, von dem alle etwas haben, sagte der Genfer Bio-Winzer Willy Cretegnny im Interview: Nicht die Profite der Grosskonzerne dürften im Zentrum stehen, sondern die Berücksichtigung der sozialen und ökologischen Fragen und die Unterstützung erprobter lokaler Standards. Diese Ziele werden mit dem Abkommen zwischen der EFTA und Indonesien (Cepa), über das wir am 7. März abstimmen, nicht genügend anvisiert.

Diese Einschätzung wird nun durch eine breit abgestützte Stellungnahme aus Indonesien bekräftigt. Der offene Brief der dortigen Zivilgesellschaft an das indonesische Parlament gibt uns einen Einblick, was die Menschen in ihrem Land beschäftigt und welche Einwände sie gegen das Handelsabkommen einbringen.

In der Schweiz ist derzeit die geplante Agrarpolitik AP 22+ auf dem Prüfstand des Parlaments. Es geht um die Gewährleistung einer möglichst grossen Selbstversorgung für die Bevölkerung und die Erhaltung der Schweizer Bauernbetriebe.

Indonesische Zivilgesellschaft sagt nein zu Cepa

Die «Coalition for Economic Justice» besteht aus einem Netzwerk von Fischern, Frauen, Bauern, Umweltaktivisten, Akademikern und anderen Gruppen der Zivilgesellschaft. Sie hat die Verhandlungen der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) mit Indonesien seit 2011 bis zur Unterzeichnung des Abkommens¹ am 16. Dezember 2018 verfolgt und der Regierung eine Reihe von Analysen, Kommentaren und Eingaben dazu eingereicht.

Anfang Februar hat diese Koalition nun in einem offenen Brief das indonesische Parlament gebeten, «ernsthaft zu erwägen, das Cepa-Abkommen zwischen Indonesien und der EFTA nicht zu ratifizieren».² Denn es bringe Indonesien keinerlei wirtschaftliche Vorteile, sondern gefährde «seinen reichhaltigen natürlichen Reichtum und seine biologische Vielfalt».

Im offenen Brief werden vier hauptsächliche Kritikpunkte aus indonesischer Optik genannt. Gut, dass wir Schweizer vor unserer Stimmabgabe davon erfahren. In Kürze:

1. Palmöl: Zwei Seiten der Medaille

Während die Schweizer Bauern befürchten müssen, dass mit dem Abkommen der Import von günstigem Palmöl aus Indonesien unverhältnismässig zunehmen würde, weist die indonesische Zivilgesellschaft umgekehrt darauf hin, dass das für die Schweiz vorgesehene Kontingent von maximal 12 500 Tonnen pro Jahr für Indonesien – das jährlich über 30 Millionen Tonnen exportiert – eine sehr geringe Menge sei. Ausserdem seien die Anforderungen der EFTA an die Nachhaltigkeit der Palmölproduktion derart streng, dass deren Erfüllung praktisch kaum möglich sei: «Das exportierte Palmöl darf nicht auf Brandrodungsflächen oder auf Torf land produziert werden, die Produktion muss frei von Wasser- und Luftverschmutzung sein, und es sollte den Schutz der Rechte von Kleinbauern und indigenen Völkern garantieren. Doch jeder, der die Palmölindustrie in Indonesien kennt, ist sich der Tatsache bewusst, dass kein indonesischer Palmölproduzent frei von diesen Problemen ist. Das heisst, es ist unwahrscheinlich, dass Indonesien sein Palmöl zu den ermässigten Zolltarifen in die Schweiz exportieren kann.»



Saatgutsorten, die von den Bauernfrauen gesammelt und aufbewahrt werden. (Bild Civil society letter on EFTA-Indonesia comprehensive economic partnership agreement (Cepa) vom Dezember 2018; <https://www.bilaterals.org/?civil-society-letter-on-efita&lang=en>)

Hier ist unschwer erkennbar, dass allein schon der enorme Grössenunterschied zwischen den beiden Staaten (Indonesien 1 905 000 km², die Schweiz 41 285 km²) zu ganz anderen Vorstellungen von geringen oder grossen Mengen führen kann. Zudem sind die hohen Umweltschutz-Standards der reichen Industrieländer für die Kleinbauern im Schwellenland Indonesien offensichtlich kaum umsetzbar – während Grossgrundbesitzer mit ihren Plantagen den Dreh eher finden könnten. Erinnern wir uns nur an die siebziger und achtziger Jahre, als die Schweizer Seen als Folge der starken wirtschaftlichen Entwicklung derart verschmutzt waren, dass das Baden verboten werden musste. Erst in der Folgezeit wurden die notwendigen Kläranlagen gebaut, was sich die Schweiz ja finanziell auch leisten konnte. In Indonesien müssten eigentlich die ansässigen Grosskonzerne aus den Industrieländern die Finanzierung des Umweltschutzes übernehmen.

2. Zugang zu Medikamenten und Erhaltung des bäuerlichen Saatgutsystems würden erschwert

Eines der Ziele des Abkommens gemäss Art. 1.2 ist (d) «die Sicherstellung eines angemessenen und wirksamen Schutzes der Rechte an geistigem Eigentum in Übereinstimmung mit internationalen Normen». Ohne hier auf Details eingehen zu können: Im offenen Brief wird auf Erfahrungen mit anderen Freihandelsabkommen hingewiesen, wonach vor allem die pharmazeutische und agrochemische Industrie von solchen Schutzbestimmungen profitiert, die teilweise über die Normen der WTO hinausgingen. Zu befürchten sei die Verteuerung von Medikamenten für die indonesische Bevölkerung.

Im weiteren geht es um den Schutz der Pflanzensorten. Die EFTA-Staaten sind am «Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen» beteiligt, im offenen Brief mit der englischen Abkürzung «UPOV 1991» bezeichnet.³ Dieses restriktive und unflexible Sortenschutzsystem sei von den Industrieländern initiiert und nicht geeignet für Indonesien: «Die Landwirtschaft in Indonesien wird von Klein- und Mittelbauern dominiert, mit kleinen Parzellen. Das bäuerliche Saatgutssystem ist die Grundlage für den Lebensunterhalt und die Ernährungssicherheit in Indonesien, und es ist der hauptsächliche Weg für Klein- und Mittelbauern für den Zugang zu Saatgut.» Deshalb ist Indonesien dem Abkommen bis heute nicht beigetreten. Müssten die Bauern den Sortenschutz nach den Standards der EFTA einhalten, würden ihre Kosten für Saatgut stark steigen. Diese Regelung würde das Recht der Menschen auf Nahrung verletzen.

3. Verhinderung von billigeren Generica für Düngemittel und Pestizide

Ganz ähnlich würde das Abkommen mit einem zehnjährigen Datenschutz für Düngemittel und Pestizide zugunsten der ausländischen Agrarkonzerne verhindern, dass in Indonesien billigere Generica angeboten werden können. Denn deren Produzenten stehen die Daten der Originalprodukte nicht zur Verfügung, so dass sie dem indonesischen Landwirtschaftsministerium nicht beweisen können, dass die Wirkstoffe ihrer Generica gleichwertig sind mit dem Original. Ohne Freihandelsabkommen (FHA) gelten zwar die Patentschutzregeln der WTO, aber die indonesischen Behörden sind freier bei der Duldung von im Land hergestellten Generica.

4. Überschwemmung des Fischmarktes mit norwegischen Meeresfischen

Bereits heute wird viel Lachs und Kabeljau aus Norwegen importiert, diese seien angeblich gesünder als die indonesischen Fische. Mit dem Abkommen würde der Zustrom von Meeresfischen, vor allem aus Norwegen, steigen: «Wenn dieses Abkommen in Kraft tritt, werden mehr als 80% der norwegischen Exporte nach Indonesien zollfrei sein, einschliesslich Fischereiprodukten.» Die Auswirkung: 2,7 Millionen indonesische Fischer müssten um ihren Lebensunterhalt bangen, obwohl ihre Fische genauso gut seien.

Fazit des offenen Briefes: Selbstversorgung an erster Stelle

Zusammenfassend halten die Autoren des offenen Briefes fest: «Aus diesen Gründen fordern wir – die Zivilgesellschaft, die Mitglieder der untenstehenden Organisationen⁴ – das indonesische Parlament auf, ernsthaft zu erwägen, das Freihandelsabkommen EFTA-Indonesien nicht zu ratifizieren, weil es keine wirtschaftlichen Vorteile bietet. Tatsächlich wird dieses Abkommen der Mehrheit der indonesischen Bevölkerung schaden, insbesondere den Bauern und den Fischern, und es bedroht die Ernährungssicherheit und die landwirtschaftliche Artenvielfalt in Indonesien.»

Damit kommen wir zurück auf Willy Cretegnys Forderung, Handelsverträge müssten die sozialen und ökologischen Fragen berücksichtigen und die erprobten lokalen Standards unterstützen. Vor allem im Sektor Rohstoffgewinnung ist es von grosser Wichtigkeit, dass die Versorgung der Menschen mit lebenswichtigen Gütern an erster Stelle kommt. Dies ist überall auf der Welt am besten mit der kleinräumigen, lokalen Selbstversorgung zu erreichen, wie es die Forschungsarbeiten im Weltagrarbericht belegt haben.

Für uns Schweizer bedeutet das einerseits: Unsere eigene Landwirtschaft und die gewerblichen KMU im Alltag und in Volksabstimmungen zu unterstützen. Es gehört aber ebenfalls dazu, dass wir über unseren Gartenhag hinausschauen und zur Kenntnis nehmen, was beispielsweise die indonesische Zivilgesellschaft zum geplanten Freihandelsvertrag zu sagen hat – einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

Marschhalt für Schweizer Agrarpolitik 22+!

In der Schweiz ist seit Jahren ein Ringen um die Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik im Gange. Trotz grossen Unterschieden zu Indonesien in geographischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht sowie in der Grösse der Territorien und der Bevölkerung gilt auch in der Schweiz wie überall auf der Welt: Damit sich die Menschen im Land, in dem sie leben, sicher und zu Hause fühlen können, brauchen sie an erster Stelle die Gewissheit, dass eine möglichst hohe Selbstversorgung auch für die Zukunft gesichert ist. Eine einseitig gewinnorientierte Sichtweise, wie sie manche Exponenten von Grosskonzernen vertreten, ist auch bei uns dem überwiegenden Teil der Menschen im Kern zuwider.

Im Schweizer Parlament neigt die Mehrheit leider dazu, Freihandelsabkommen zu befürworten, die für unsere Bauern nachteilig sind. Das nächste, gegen das wir werden in die Hosen steigen müssen, hätte für die Schweizer Landwirtschaft noch weit schwerwiegendere Auswirkungen als das mit Indonesien: Das geplante FHA mit den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, das im August 2019 in Buenos Aires unterzeichnet wurde, würde grosse Kontingente von Nahrungsmitteln, die auch in der Schweiz produziert werden, vom Zoll befreien.⁵

Auf der anderen Seite hat der Ständerat nun in der Wintersession 2020 erfreulicherweise und überraschend mit 28 zu 16 Stimmen die umstrittene Agrarpolitik 2022–2025 (AP 22+) sistiert. Dies bedeutet einen Marschhalt für ein bis zwei Jahre, «bis der Bundesrat einen Bericht über die zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik vorgelegt hat».⁶ Ein echter Brocken für Bundespräsident Guy Parmelin und seine Verwaltungsmannschaft! Entsprechend verärgert reagierte der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung vor dem Ständerat: Über Jahre sei dieses Projekt in Zusammenarbeit mit den Kantonen, Parteien, dem Bauernverband und den anderen betroffenen Organisationen ausgearbeitet worden. «Und nun, ganz plötzlich, finden Sie, man müsse das Ganze neu aufwärmen und wieder bei Null beginnen. [...] Ich glaube, so zu arbeiten ist nicht seriös.» – Ich dagegen finde diesen Entscheid sehr mutig vom Ständerat!

Am 2. Februar hat sich nun die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) mit 14 zu 11 Stimmen dem Ständerat angeschlossen: Sie empfiehlt ihrem Rat, die AP22+ zu sistieren. In der Frühlingssession (am 16. März) wird der Nationalrat darüber entscheiden.

Ständerat stellt sich hinter die Bauern und die Selbstversorgung

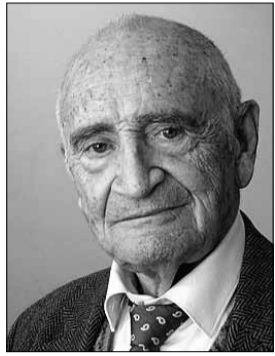
Es ist hier nicht der Rahmen, die von der Bundesverwaltung geplante Agrarpolitik oder die gesamten Einwände der Ständeräte dagegen vorzustellen. Hier kurz die wichtigsten Argumente des Ständerates für einen Marschhalt, zusammengefasst von der Wirtschaftskommission des Nationalrats in ihrer Medienmitteilung vom 2. Februar.

Mit der AP 22+ würde «der Selbstversorgungsgrad sinken, was dem Ziel von Artikel 104a der Bundesverfassung widerspreche; [...] das Einkommen des landwirtschaftlichen Sektors würde sinken, wertvolles Kulturland ginge verloren, [Nahrungsmittel-]Importe würden zunehmen, die administrative

Fortsetzung auf Seite 8

Überlegungen zu einigen Besonderheiten der Schweizer Neutralität

von Ivo Rens, Honorarprofessor Juristische Fakultät Universität Genf



Ivo Rens
(Bild zvg)

Die Neutralität der Schweiz beschränkt sich keineswegs auf die Nichtbeteiligung an den beiden Weltkonflikten des 20. Jahrhunderts. Sie ist älter als diese Zeit, da sie sich im 17. Jahrhundert durchsetzte und durch den Westfälischen Frieden anerkannt wurde.

Diese Neutralität wurde zwar vom revolutionären und dann vom napoleonischen Frankreich verletzt, was auf ihre Brüchigkeit hindeutet, aber sie wurde durch den Wiener Kongress 1815 erneut bekräftigt und durchgesetzt. Vielleicht sollte man darauf hinweisen, dass die Schweizer Neutralität immer eine bewaffnete Neutralität war, auch wenn diese Präzision nicht mehr die Bedeutung hat, die sie bis zum Zweiten Weltkrieg hatte.

In einer ersten Periode von 1815 bis 1918 war diese Neutralität im wesentlichen passiv. Die Schweiz mischte sich nicht in internationale Angelegenheiten ein, war aber natürlich bestrebt, gutnachbarschaftliche Beziehungen zu ihren unmittelbaren Nachbarn und sogar zu anderen Staaten zu pflegen.

«In dieser Phase von 1872 (dem Datum des berühmten Alabama-Schiedsverfahrens in Genf zwischen den USA und Grossbritannien) bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs erlebte die internationale Schiedsgerichtsbarkeit eine Blütezeit, die auch durch die Friedenskonferenzen in Den Haag 1899 und 1907 (*Haager Konventionen*) verdeutlicht wird. Dank der Erfahrung, die sie während der Alten Eidgenossenschaft gesammelt hatte, wurde die Schweiz dann fast ununterbrochen mit Schiedsgerichtsmandaten betraut.»¹

Parallel zu dieser Entwicklung entstanden in der Schweiz im 19. Jahrhundert zwei erste zwischenstaatliche Organisationen mit universellem Anspruch: 1865 wurde in Genf der *Internationale Telegraphenverein* gegründet

* Prof. Dr. Ivo Rens, Honorarprofessor der Universität Genf i. R., war bis zur seiner Emeritierung ordentlicher Professor an der Universität Genf. Er lehrte, neben weiteren internationalen Lehraufträgen, an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne und an der Pariser Sorbonne. In den sechziger Jahren war er Berater für Verfassungsfragen für den belgischen Vize-Ministerpräsidenten Paul-Henri Spaak, einem der Väter des vereinten Europas.

«In den internationalen Beziehungen nimmt die Schweiz auf Grund ihrer immerwährenden Neutralität und ihres Engagements für den Frieden eine einzigartige Rolle in der Welt ein. Dies ist auf die Beharrlichkeit zurückzuführen, die sie in ihrer Geschichte in bezug auf ihre Souveränität gezeigt hat.»

und 1874 in Bern der *Allgemeine Postverein*, der heutige *Weltpostverein*. Aber vielleicht am bedeutsamsten ist, dass das *Internationale Komitee vom Roten Kreuz* (absichtliche Umkehrung der Schweizer Flagge) 1863 in Genf gegründet wurde, auf Initiative von *Henry Dunant* aus Genf, Autor des 1862 erschienenen Buches *Un souvenir de Solferino*, das der humanitären Katastrophe der gleichnamigen Schlacht gewidmet ist. Als die Schweizerische Eidgenossenschaft am 26. Januar 1871 bereit war, den 87'000 erschöpften und mittellosen Männern der Armee von General *Bourbaki* nach der französischen Niederlage im Konflikt mit Preussen Zuflucht zu gewähren, schien sie ihrer Neutralität eine humanitäre Interpretation zu geben, die mit derjenigen übereinstimmt, welche die Entstehung des Roten Kreuzes geleitet hatte und die sich in den neueren Perioden der Schweizer Neutralität durchsetzen sollte.

In der zweiten Periode von 1914 bis 1945 war die Schweizer Neutralität stark von den Bestrebungen geprägt, die 1919 zum Versailler Vertrag und zum Völkerbund führten, dem die Schweiz sofort beitrug. Übrigens erkannte Artikel 435 des Versailler Vertrages von 1919 die Neutralität der Schweiz «zur Erhaltung des Friedens» an. Nicht zufällig wurde Genf als Sitz des Völkerbundes, der ILO, der WHO und einiger anderer internationaler Organisationen gewählt, zum Beispiel der ältesten internationalen politischen Organisation, der 1889 gegründeten *Interparlamentarischen Union*, die sich 1921 in Genf niederliess.² Auf Ersuchen der betroffenen Parteien intervenierten die Schweiz, Schweizer Staatsangehörige oder das Internationale Rote Kreuz in vielen internationalen Streitigkeiten. Ausserdem wurden in zwei Schweizer Städten, Lausanne 1923 und Montreux 1936, Streitigkeiten zwischen Griechen und Türken geschlichtet, vor allem in bezug auf die Schifffahrt durch die Dardanellen und den Bosphorus.

In einer dritten Periode nach dem Zweiten Weltkrieg wurde – obwohl die Schweiz erst 2002 der Uno beitrug – der europäische Sitz

der Uno in Genf eingerichtet, in dem Palast, der für den Völkerbund gebaut worden war, und damit in der Stadt, in der sich der Sitz mehrerer Organisationen des Uno-Systems und anderer Organisationen befand.

Die Schweizer Regierung (der Bundesrat) versuchte, der schweizerischen Neutralität einen viel aktiveren Kurs zu geben, indem er nicht nur in internationalen Streitigkeiten eine Mediation oder ein Schiedsverfahren einleitete, sondern zudem seine Guten Dienste anbot, so zum Beispiel Kontakte zwischen Konfliktparteien erleichterte oder sogar als «Vermittler» solcher Kontakte auftrat. Dies erklärt, warum eine Schweizer Stadt, Genf, als Veranstaltungsort für mehrere wichtige internationale Konferenzen gewählt wurde.

Zwei Beispiele: 1954, inmitten des Kalten Krieges, fand in Genf die sogenannte *Asien-Konferenz* statt, an der erstmals auch die Volksrepublik China teilnahm, mit der die Schweiz seit 1950 diplomatische Beziehungen unterhielt. Aus dieser Konferenz gingen die *Genfer Abkommen* hervor, die das Schicksal Koreas und Vietnams besiegelten und dem jahrelangen Krieg in diesen beiden Ländern ein Ende setzten. 1955 fand in Genf auch die Ausstellung «Atome für den Frieden» statt, die der bis dahin rein militärischen Aktivität einen friedlichen Ausweg bot, leider aber ohne die katastrophalen Risiken und schädlichen ökologischen Folgen der Kernenergie zu berücksichtigen. Auf Schweizer Territorium fanden auch die Treffen zwischen den algerischen Aufständischen und den französischen Führern in den Jahren 1961 und 1962 statt, die 1962 ihr Abkommen auf der anderen Seite des Genfer Sees in Evian besiegelten.³

«Ein weiterer massgeschneiderter Bereich ist die Vertretung von ausländischen Interessen (Schutzmandate). Hier versucht die Schweiz, die Kontakte zwischen zwei Staaten, die ihre diplomatischen Beziehungen abgebrochen haben, so weit wie möglich aufrechtzuerhalten. Ihre ersten Erfahrungen auf diesem Gebiet gehen auf den Deutsch-Französischen Krieg von 1870–1871 zurück; sie

sollten sich während des Ersten Weltkriegs ausweiten und während des Zweiten Weltkriegs mit der gegenseitigen Vertretung von 35 Staaten, die zu 200 Mandaten führte, ein unübertroffenes Niveau erreichen. Obwohl die Zahl der Schutzmandate nach der Beendigung der Feindseligkeiten rasch abnahm, sollte sie mit dem Aufkommen neuer internationaler Spannungen wieder ansteigen (46 Mandate von 1946 bis 1964). Die Vertretung amerikanischer Interessen in Kuba (seit 1961) und die gegenseitige Vertretung amerikanischer Interessen in Kuba (seit 1991) waren 1998 noch in Kraft. Besonders wichtig waren das von 1982 (Falkland-Krieg) bis 1990 ausgeübte Mandat für Grossbritannien (Vertretung seiner Interessen in Argentinien) sowie das seit 1980 für die USA ausgeübte Mandat in Iran nach der Geiselnahme von Mitgliedern der amerikanischen Botschaft in Teheran.»⁴

In den internationalen Beziehungen nimmt die Schweiz auf Grund ihrer immerwährenden Neutralität und ihres Engagements für den Frieden eine einzigartige Rolle in der Welt ein. Dies ist auf die Beharrlichkeit zurückzuführen, die sie in ihrer Geschichte in bezug auf ihre Souveränität gezeigt hat. Würde die Schweiz es akzeptieren, ihre Streitigkeiten mit ihrem riesigen Nachbarn, von dem sie umgeben ist, dem *Gerichtshof der Europäischen Union* zu unterbreiten, wozu diese sie nachdrücklich auffordert,⁵ würden sowohl ihre Neutralität als auch ihre Souveränität zerstört. Denn in einem solchen Fall wäre ihre Autonomie gegenüber Brüssel vergleichbar mit der von Hongkong gegenüber Peking.

¹ *Dictionnaire historique de la Suisse*, Eintrag «Gute Dienste», Version 01.07.2014

² Die Interparlamentarische Union war an der Gründung des Ständigen Schiedshofs in Den Haag 1899 beteiligt. Dieses Gericht besteht in Den Haag neben dem Internationalen Gerichtshof, der 1945 durch die Charta der Vereinten Nationen gegründet wurde, um den Ständigen Internationalen Gerichtshof des Völkerbundes zu ersetzen, der ebenfalls in Den Haag ansässig war.

³ Mettan, Guy. *Genève, Ville de paix. De la conférence de 1954 sur l'Indochine à la coopération internationale*, Editions Slatkine, Genf 2004

⁴ *Dictionnaire historique de la Suisse*, op. cit.

⁵ vgl. insbesondere Artikel 10 des Entwurfs des Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Artikel 9 des Protokolls III über das Schiedsgericht, die den Gerichtshof der Europäischen Union zum letztinstanzlichen Schiedsgericht in allen Streitfällen machen. https://suisse-en-europe.ch/wp-content/uploads/2019/02/accord-inst-Projet-de-texte_fr.pdf

«Ein Kompass für die ...»

Fortsetzung von Seite 7

Belastung für die Landwirtinnen und Landwirte ansteigen». Zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln und Nährstoffen habe das Parlament bereits die notwendigen Massnahmen beschlossen, deshalb seien dazu keine weiteren Vorschriften nötig.⁷

Für einmal waren sich sämtliche Stände der Mitte-Fraktion (CVP) und der SVP sowie die Mehrheit der FDP darin einig, dass die strengen ökologischen Vorschriften, welche die AP22+ vorsieht, zu einschränkende Folgen für die Bauernbetriebe hätten. Dazu ist anzumerken, dass das Schweizer Recht bereits sehr strikte ökologische Normen und einen qualitativ hohen Tierschutz enthält.

Die Direktzahlungen des Bundes für die Landwirtschaft (rund 13,5 Milliarden Franken für die nächsten vier Jahre) nahm der Ständerat hingegen ohne Abstriche mit 43 zu 0 Stimmen an – ein Zeichen der Wertschätzung aus allen politischen Parteien gegenüber den Bauernfamilien –, und auch die Gesamtabstimmung am Schluss erfolgte einstimmig.⁸

¹ Umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien (Comprehensive Economic Cooperation Agreement (Cepa)). Abgeschlossen in Jakarta am 16.12.2018

² Open Letter of Civil Society to the Indonesian Parliament. EFTA-Indonesia Comprehensive Econo-

mic Cooperation Agreement (Cepa) (Brief vom 8.2.2021)

³ Internationales Übereinkommen vom 2. Dezember 1961 zum Schutz von Pflanzenzüchtungen, revidiert in Genf am 10. November 1972, 23. Oktober 1978 und 19. März 1991 (International Union for the Protection of New Varieties of Plants; UPOV 1991)

⁴ Unterzeichner sind folgende 16 Organisationen: Indonesia for Global Justice; Solidaritas Perempuan (Women's Solidarity of Human Rights); The People's Coalition for Fisheries Justice (KIARA); Federasi Perjuangan Buruh Indonesia (FPBI); Kabupaten Asahan (Federation of Indonesian Worker's Struggle); FIAN Indonesia; GRAIN; Serikat Petani Indonesia (Indonesian Peasant Union – SPI); Koalisi Rakyat untuk Hak Atas Air (People's Coalition for the Right to Water KRUHA); The Institute for Policy Research and Advocacy (ELSAM); Universitas Indonesia (Universitas Indonesia – UI); Kajian Wilayah Eropa – Universitas Indonesia (Center for European Studies – University of Indonesia); Palangkaraya Ecological and Human Rights Studies (Progress); IndoWater CoP; Forum Benih Lokal Berdaulat (Organic Heirloom Seed Forum); Perkumpulan Kediri Bersama Rakyat (The Association of Kediri together with the People – KIBAR); Komisi Justice Peace and Integrity of Creation GKPT

⁵ «Freihandelsabkommen EFTA-Mercosur: Einigung in der Substanz». *Medienmitteilung* des Bundesrates vom 24.8.2019

⁶ 20.022 Agrarpolitik ab 2022 (AP 2022 plus). *Ständerratsdebatte* vom 14.12.2020

⁷ WAK-N. «AP22+: Zurück auf Feld eins». *Medienmitteilung* vom 2.2.2021

⁸ 20.022 Agrarpolitik ab 2022 (AP 2022 plus). *Ständerratsdebatte* vom 14.12.2020

Mega-Fusion im Kanton Glarus

Kritische Anmerkungen zum 10-Jahres-Jubiläum

von Hans-Markus Stuck, Niederurnen

Die Feststellungen von *René Roca* («Gemeindefusionen und direkte Demokratie», *Zeit-Fragen* Nr. 27 vom 1.12.2020) kann ich zehn Jahre nach der Mega-Fusion im Kanton Glarus (leider!) nur bestätigen. An der Landsgemeinde von 2006 hatte eine Mehrheit die Fusion der 25 Glarner Gemeinden beschlossen. Am 1. Januar 2011 wurden die drei Grossgemeinden ins Leben gerufen.

«Aus 25 Gemeinden drei zu machen, halte ich für einen Riesenblödsinn», sagte der Ökonomieprofessor und Glücksforscher *Bruno S. Frey* im damals neuen Buch aus dem *NZZ-Verlag* «Was vermag Ökonomie». Nachzulesen ist das und noch mehr im Gegen-Memorial für die ausserordentliche Landsgemeinde 2007.

Letztthin titelte eine Zeitung: «Die neuen Gemeinden sind erwachsen.» Mit zehn Jahren erwachsen?

Eine wichtige «Baustelle» sehe ich im Verlust der Nähe zur Bevölkerung. Das sehen sogar die meisten glarnerischen Regierungsräte als Problem. Eine «Verbürokratisierung» hat stattgefunden. Ein Beispiel: Man stellte in einem Dorf fest, dass es an einem Ort mit abschüssigem Hang ein Stück Zaun bräuchte. In der bisherigen Gemeinde, hätte es einen Kontakt gebraucht, dann wäre der Zaun gestanden. Jetzt brauchte es vier

Kontakte, bis der Zaun stand – jedoch am falschen Ort!

Wie kann man wieder mehr Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern schaffen und das Milizprinzip stärken?

Auch ist das Verhältnis von kleineren zu grösseren Dörfern nicht gelöst. Es zeugt nicht von Gleichberechtigung, wenn ein Dorf mit beispielsweise vierhundert Einwohnerinnen und Einwohnern ein Anliegen hat, es zur Abstimmung bringt und zwanzigmal mehr Personen aus anderen Dörfern darüber abstimmen können.

In der früheren Gemeinde Elm waren mehr Leute an der Gemeindeversammlung anwesend als jetzt in der fusionierten Grossgemeinde insgesamt! In allen drei Gemeinden stellt man einen schwachen Besuch der Gemeindeversammlungen fest. Viele Anzeichen deuten auf Politikverdrossenheit der Bevölkerung hin, denn mit der Grossgemeinde kann man sich weniger identifizieren als früher mit der eigenen Gemeinde.

Regierungsrat Dr. R. Widmer hat recht, wenn er in einem Interview sagt, dass Rom nicht an einem Tag gebaut wurde.

Tragen wir aber Sorge, dass vieles, was in den Gemeinden vor der Fusionierung gang und gäbe war, nicht verlorengeht!

Respektvoller Umgang ist das A und O einer lebendigen Demokratie

Zum Buch «Respekt geht anders» von Gabriele Krone-Schmalz

von Werner Voss, Deutschland

Gabriele Krone-Schmalz, Jahrgang 1949, ist eine deutsche promovierte Historikerin, freie Journalistin, Publizistin und Hörbuchsprecherin. Sie war von 1987 bis 1991 Moskau-Korrespondentin der ARD und moderierte anschliessend bis 1997 den *ARD-Kulturweltspiegel*. Seit 2011 ist sie Professorin für TV und Journalistik an der Hochschule Iserlohn.

Das neue Buch von Gabriele Krone-Schmalz ist ein wertvoller Beitrag, der Polarisierung in unserer Gesellschaft etwas entgegenzusetzen. Es vermittelt anhand verschiedener Debatten, die in unserem Land geführt werden, dass ein Entweder-oder-Denken nicht zu gemeinschaftlich entwickelten Lösungen beitragen kann. Es bedarf vielmehr eines Sowohl-als-auch, was einen respektvollen Umgang mit Andersdenkenden erfordert. Nur die Abkehr von zwei extremen Polen hin zum Kompromiss fördert die Demokratie und den Gemeinsinn. Erreichbar ist dies nur, indem man dem Andersdenkenden zuhört, seine Argumente zunächst einmal gedanklich überhaupt entgegennimmt, um vielleicht auch darin einen Funken Wahrheit zu erkennen.

Aufteilung der Welt in die «Guten» und die «Bösen»

Viele heutzutage gebräuchliche Begriffe wie «Putin-Versteher», «Rechtspopulist», «Rassist», «Wutbürger», «Corona-Leugner», um nur einige zu nennen, konterkarieren oben Beschriebenes. Die Welt aufzuteilen in «Klimaleugner» und «Klimaretter», in «die Guten» und «die Bösen», trägt beileibe nicht zur Demokratie bei, sondern grenzt von vornherein bestimmte Personengruppen aus.

So warnt Frau Krone-Schmalz vor einem Deutschland als Hysterikerland, wenn beispielsweise nach Ansicht von *Pegida* und weiten Teilen der AfD Deutschland vor einer «Umvolkung» stehe und demnächst von Moslems beherrscht werde. In einer anderen Ecke befürchtet man die baldige Machtübernahme durch Nazis. «Noch» gebe es die Demokratie.

Anderen Äusserungen von linker Seite, nämlich, dass die Armut in Deutschland immer dramatischer werde, hält sie entgegen, dass der Armutsbegriff hierzulande an falschen Kriterien gemessen werde. Nämlich dass einer arm ist, der über weniger als 60% des durchschnittlichen Nettomedianeinkommens zur Verfügung hat, was in Deutschland etwa 1136 Euro pro Monat für einen Alleinstehenden ausmacht. Dies sei in der Tat wenig, aber von existenzieller Not könne nicht die Rede sein, weil ausreichend Nahrung und Obdach davon bestritten werden

könnten. Im Vergleich dazu liegt dieser statistische Wert in unserem Nachbarland Luxemburg bei 1716 Euro. Laut Weltbank liegt die Schwelle für absolute Armut bei 58 US-Dollar im Monat. Armut sei somit sehr relativ.

Statt hier von Armut zu sprechen, findet sie das Wort soziale Ungleichheit für die Situation bei uns passender. Dabei übersieht sie aber nicht, dass es sich lohnt, für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen, nur helfen die sich immer wiederholenden Beschreibungen und eine eher rituelle Empörung den sozial Schwachen in unserer Gesellschaft überhaupt nicht.

Ein weiteres Thema, bei dem sich die Polarisierung zeigt, ist die im Jahre 2015 beginnende Flüchtlingskrise, wo Gabriele Krone-Schmalz vor Überspitzung auf beiden Seiten warnt: Sie sieht auf der einen Seite eine überschwengliche «Willkommenskultur». Zum anderen hält sie aber auch eine Äusserung von *Alexander Gauland* (AfD) für übertrieben, der im Jahre 2018 sagte, «er fühle sich angesichts des *Merkel*-Regimes an die letzten Tage der DDR erinnert».

In einem weiteren Abschnitt kritisiert Gabriele Krone-Schmalz das Gut- und Böse-Schema in unserer Gesellschaft. Dieses Schema bezeichnet Teile der Welt als gute Staaten, andere hingegen als böse Staaten. Demnach gehören wir mit unseren westlichen Verbündeten auf der einen Seite zu den Guten. Auf der anderen Seite standen oder stehen die sogenannten Bösen, zu denen beispielsweise Länder wie der Irak, Iran, Syrien, Libyen und Russland samt ihren politischen Führern, gezählt werden, denen man zeigen muss, was «richtig» ist. Dies notfalls auch mit militärischer Gewalt, um einen Regime change herbeizuführen und die Völker solcher Länder vom «Bösen» zu «befreien». Dass dies mit dem Bruch des Völkerrechts einhergeht, findet dann seine vermeintliche Rechtfertigung in der «Responsibility to Protect».

Als weiteres Beispiel für diese Gut-Böse-Einteilung greift die Autorin Ausführungen zum Thema Klimaschutz auf, in der es eben Klimaengel und Klimateufel gibt, die sich dann unter anderem auch in böser und guter Mobilität wiederfinden.

Der Autorin ist daran gelegen, die Schattierungen, die Nuancen zwischen den Extremen stärker in den Fokus zu rücken, weil der

Mensch als ein von Natur aus mit Vernunft begabtes Wesen durchaus zu mehr Differenzierung fähig sei.

Die Würde des Andersdenkenden in einer pluralistischen Gesellschaft wahren

Die Würde des Andersdenkenden in einer pluralistischen Gesellschaft liegt ihr sehr am Herzen. Die Freiheit des einzelnen finde ihre Grenzen dort, wo sie das Gegenüber verletze. Hierzu bedürfe es vom mündigen Bürger getragener und gelebter Regeln zum Schutze des anderen. Ohne diese Regeln (Gesetze) würden wir in einer Anarchie leben. Dazu gehöre, wie sie sagt, ein anständiges Streiten. Dem Gegenüber sei mit Respekt zu begegnen, auf gleicher Augenhöhe, dessen Meinung müsse in ihrer Substanz zur Kenntnis genommen werden. Man habe sich auf den Sachverhalt zu konzentrieren, statt nach einem Etikett zu suchen, das die Aussage des Andersdenkenden abwertet. Als Beispiele für diffamierende Etiketten nennt sie Begriffe wie Populist, Rassist, Antisemit, Rechter oder Linker, Neo-Nazi, Verschwörer usw.

Des weiteren warnt sie vor der Spaltung von Jung und Alt, im Sinne von «wir müssen für die Alten schuften», oder die Alten hinterliessen uns eine Erde, die wegen der Klimaerwärmung bald nicht mehr lebenswert sei. Wie sich das im Alltag niederschlägt, illustriert ein Satire-Video des WDR, in der ein Vers eines Kinderliedes – «Meine Oma ist 'ne ganz patente Frau» – umgetextet wurde in «unsere Oma ist 'ne alte Umweltsau».

Eine wichtige Rolle, so Gabriele Krone-Schmalz, spielt in diesem Zusammenhang die «vierte Gewalt» im Staat, also die Medien, denen es in erster Linie um Quote und Auflage gehe, um den wirtschaftlichen Erfolg sozusagen als Werbeträger zu sichern. Hierbei blieben aus Kostengründen gründliche Recherche und Sachlichkeit zur Wahrheitsfindung auf der Strecke, weil reisserische Schlagzeilen, untermauert mit entsprechenden Bildern, in viel höherem Masse dem kommerziellen Zweck diene.

Das letzte Kapitel ist dem Frieden gewidmet, den sie als einen Prozess harter Arbeit beschreibt. In diesem Zusammenhang erwähnt sie exemplarisch die Geschichte deutscher Aussenpolitik zu Beginn der 1970er



ISBN 978-3-406-75486-9

Jahre, als die Annäherung im Verhältnis zwischen West und Ost von persönlicher Beziehung und Vertrauen getragen war. Am 12. August 1970 unterschrieben der deutsche Bundeskanzler *Willy Brandt* auf der einen Seite und der sowjetische Ministerpräsident *Alexei Kossygin* auf der anderen Seite den Moskauer Vertrag zum gegenseitigen Verzicht auf Gewaltanwendung. «Wandel durch Annäherung», so das Credo von *Egon Bahr*, dem damaligen Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

Zur Dialogfähigkeit gehöre eben, miteinander zu reden, sich gegenseitig zuzuhören, nicht schon nach dem ersten Halbsatz die Klappe fallen zu lassen, weil man ja ohnehin wisse, was jetzt komme. Dies auch dann zu tun, wenn man seinen Gesprächspartner überhaupt nicht leiden kann. Nur der persönliche Dialog mit dem anderen könne zu Kompromiss und Interessenausgleich und somit zum Frieden auf allen Ebenen beitragen.

Ein Buch, das zum vertieften Nachdenken anregt, gerade in der heutigen, auch von der Pandemie geprägten Zeit. •

«Eigentlich gar nicht so schwer, zumindest in der Theorie»

Textstellen aus: Gabriele Krone-Schmalz «Respekt geht anders»

«Kompromisse sind das Schmiermittel der Demokratie. [...] Nur wer davon ausgeht, dass auch in der Gegenposition ein Körnchen Wahrheit liegen kann, ist fähig zu Kompromissen. Wer ihn dagegen als «böse» betrachtet, der konstruiert Feindbilder, die mit der Realität meist wenig zu tun haben.» (S. 33 und 58)

«Ich glaube, dass sich Menschen weltweit nach einer Kombination aus marktwirtschaftlicher Freiheit (ohne es unbedingt so zu nennen) und staatlicher Sicherheit sehnen. Sich selbst entfalten können, Verantwortung übernehmen für das, was man tut oder nicht tut, und sicher sein, dass man von der Gemeinschaft, in der man lebt, aufgefangen wird, wenn man Hilfe braucht. Utopie? [...] Ist das christlich oder kommunistisch? Warum muss immer ein Stempel drauf? Damit man weiss, ob man dafür oder dagegen zu sein hat?» (S. 41)

«Wieviel Freiheit braucht eine Gesellschaft, um sich pluralistisch nennen zu können? Wie viele Regeln verträgt eine Gesellschaft, um sich noch pluralistisch nennen zu dürfen? Um diese Frage zu entscheiden, bedarf es nicht nur formaler demokratischer Prozesse, sondern auch einer Reihe von Tugenden, über die der viel zitierte mündige Bürger – auf den

eine funktionierende Demokratie angewiesen ist, [...] verfügen sollte: Dialogbereitschaft und Dialogfähigkeit, kurz Streitkultur, die zwischen sachlicher Argumentation und Beleidigung zu unterscheiden weiss.» (S. 87)

«Die Demokratie muss dafür sorgen, dass ihre Bürger so gut wie möglich ausgebildet und informiert werden. Das ist das Unbequeme an Demokratie, wenn man sie ernst nimmt und nicht zur hohlen Hülse verkommen lassen will.» (S. 99)

«Am Anfang müsste stehen, die Gedanken eines Andersdenkenden in ihrer Substanz zur Kenntnis zu nehmen, sich nur auf den Sachverhalt zu konzentrieren und nicht nach einem Etikett zu suchen, das die Aussage des Andersdenkenden be- bzw. abwertet und mit dem diese Aussage dann in einer Schublade verbannt wird, die all die Gleichgesinnten erst gar nicht öffnen mögen, weil man mit dem, was drauf steht, doch ohnehin nichts zu tun haben möchte. [...] Es gibt eine Reihe von Methoden, Andersdenkende auf diese Weise auszugrenzen oder zu diffamieren und sie damit aus dem öffentlichen Diskurs zu verbannen. Sehr beliebt und sozusagen «kleines Besteck» ist der Vorwurf des Populismus.» (S. 99)

«Die bequemste und sicherste Methode, jemand loszuwerden und sich nicht inhaltlich auseinandersetzen zu müssen, ist, eine möglichst abscheuliche Ecke zu finden, in die man ihn stellen kann. Die mit Abstand abscheulichste ist die mit der Aufschrift Antisemitismus.» (S. 101)

«Miteinander reden, sich gegenseitig zuzuhören, nicht schon nach dem ersten Halbsatz die Klappe fallen lassen, weil man ja angeblich ohnehin weiss, was jetzt kommt, nach dem Motto: Was ist von dem schon anderes zu erwarten? Sein Gegenüber ernst nehmen, selbst wenn man es nicht leiden kann. Das, was der andere sagt und meint, in den Vordergrund stellen, und nicht das, was man zu wissen glaubt. Eigentlich gar nicht so schwer, zumindest in der Theorie.» (S. 170)

«Der persönliche Kontakt zwischen Menschen weltweit ist das A und O, vermittelt eigene Urteilskompetenz und macht immun gegen dummes, verhetztes Gerede. Engagement für den Jugendaustausch auf den unterschiedlichsten Ebenen ist für mich aktive Friedenspolitik in der überzeugendsten Form. Nur so bestehende wenigstens die Chancen, dass künftige Generationen in der Lage sein werden, aus Krisen keine Kriege zu machen.» (S. 173)

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach

CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 517005

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls

Texte zu kürzen.

© 2021 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

Ein Kommentar aus Schweizer Sicht

von Dr. rer. publ. Werner Wüthrich

Der moralisierende Politikstil, wie ihn Frau Gabriele Krone-Schmalz beschreibt und wie Werner Voss in seiner Rezension gut verständlich darlegt, kommt in der Schweiz auch vor. Man urteilt schnell mit Gut oder Böse, entrüstet und empört sich über die andere Meinung. Erstaunlich ist die Kompromisslosigkeit, mit der dies geschieht. Wer sich zum Beispiel kritisch zur Klimadebatte äussert, wird schnell zum «Klimaleugner» und ausgegrenzt. Damit ver- oder behindert man sachliche Debatten. Frau Krone-Schmalz beschreibt zahlreiche solche Situationen. Für sie ist Deutschland ein «zerstrittenes Land».

Dazu kommt, dass in der Debattenkultur zunehmend auf allen politischen Ebenen eine unangenehme Schärfe und Verrohung zu beobachten ist. Dies hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Beides ist aber in der Schweiz weniger ausgeprägt als in Deutschland, was hier wohnende deutsche Staatsbürger bestätigen. Ein Grund ist sicher die direkte Demokratie, die ohne sachliche und inhaltliche Auseinandersetzung nicht auskommt.

Einen Tiefpunkt haben die politischen Debatten wohl in den letzten Monaten in den USA erreicht, wo inhaltliche und sachliche Auseinandersetzungen praktisch gar nicht mehr vorkamen, sondern auf die Person gerichtete Angriffe und Verunglimpfungen die Debatten beherrschten – ein unappetitliches Machtgerangel. Manche Medien, auch in der Schweiz, kannten keine Grenzen. Der ehemalige US-Präsident, der immerhin von 70 Millionen Amerikanern die Stimme erhielt, sei ein «übelzüngiger und rüpelhafter Possenreisser» und «der verachtenswerteste Tyrann der Neuzeit», schrieb zum Beispiel der «Standard», die führende Zeitung in Österreich (zitiert im Schweizer «Tages-Anzeiger» vom 20. Januar 2020).

Die Debatten eskalieren, und man bekommt den Eindruck, dass manche Journalisten und Politiker darin wetteifern, wie man den politischen Gegner noch besser heruntermachen kann. Man wähnt sich im Mittelalter mit Hexenverfolgung und Teufelsaustreibung. Soll die menschliche Würde, die in der Uno-Menschenrechtserklärung und in vielen nationalen Verfassungen als unantastbar gilt, zum PUNCHINGBALL werden?

Respekt geht anders

Der moralisierende Politikstil erschwert oder verhindert oft auch bewusst den Streit um Inhalte, Programme oder Sachfragen, wie Gabriele Krone-Schmalz für Deutschland immer wieder aufzeigt. Historische und kulturelle Erklärungen interessieren meist nicht. Tatsache ist aber, dass das Spannende und Prickelnde in sachlichen und respektvollen Debatten durch nichts zu ersetzen ist. Gabriele Krone-Schmalz nennt es «anständiges Streiten». Was sind die Folgen, wenn es anders läuft? Es braucht nicht viel, und schon lebt man sich auseinander und die Gesellschaft spaltet sich, was heute insbesondere in den USA ausgeprägt zu beobachten ist. Die Bürger fühlen sich zu Recht frustriert, oft auch gekränkt und verlieren die Freude am politischen Diskutieren, weil der gemeinsame Boden verlorengegangen ist. Gabriele Krone-Schmalz analysiert mit viel psychologischem Feingefühl – aber nicht nur: Sie macht auch konkret vor, wie man es anders machen könnte. – Dazu ein geschichtlicher Vergleich des Autors dieses Artikels:

Warum ist die Demokratie im klassischen Griechenland untergegangen?

Vor rund 2500 Jahren haben die Griechen in Athen den Mut aufgebracht, erste grosse Schritte zu unternehmen in Richtung direkter Demokratie. Freie Bürger trafen sich jedes Jahr während vierzig Tagen zur *Ecclesia*, zuerst auf der *Agora*, dann im *Dionysostheater* und schliesslich auf dem *Pnyx*, einem kleinen Hügel im Westen der *Akropolis*. Die Stimme der Reichen hatte das gleiche Gewicht wie die der Armen. Die Bürgerversammlung entschied nicht nur über Gesetze, sondern auch über Krieg und Frieden, besondere Verträge und dringende Entscheidungen, die anstanden. Es wurde eine besondere Zeit – eine eigentliche Hochblüte in der Menschheitsgeschichte – in fast allen Lebensbereichen: der Baukunst, der Kunst der Bildhauer, der Architektur, in der Literatur, der Geschichtsschreibung, dem



Nachgestellte Bürgerversammlung vor ungefähr 2500 Jahren auf der Pnyx – einem Hügel westlich der Akropolis. (Bild Bild/Wissen/Gestaltung, Humboldt Universität Berlin)

Theater, der persönlichen Bildung, der Wissenschaft, des Rechts, der Philosophie. Die griechische Kultur gehört heute zu unserem Erbe, auf dem die christlich-abendländische Kultur aufbaut. Auch in der Wirtschaft und im Bereich des Militärs waren sich die Griechen einig und haben in kurzer Zeit viel erreicht. Sie siedelten an zahlreichen Ufern des Mittelmeers und am Schwarzen Meer bis zur Krim. Überall haben sie ihre einzigartigen Bauten und Kunstwerke errichtet, die Touristen heute besuchen. Auch militärisch hatten sie Erfolg. Es gelang ihnen, den Angriff der zahlenmässig weit überlegenen persischen Armee bei Marathon und zur See bei Salamis abzuwehren. – Selbstverständlich entsprach die Demokratie vor 2500 Jahren nicht dem heutigen Stand. In dieser Zeit war Sklaverei allgemein üblich, und es fehlte die Gewaltenteilung. Als Entwicklungsschritt war die griechische Demokratie in der Menschheitsgeschichte jedoch bahnbrechend.

Diese grosse Zeit dauerte jedoch nicht mehr als etwa zwei Generationen. Streit, Hader und sinnloser Bruderkrieg kamen auf. Der Niedergang setzte ein, und der freiheitliche und einigende Geist und mit ihm die demokratischen Errungenschaften gingen weitgehend verloren. Ein langer innergriechischer Krieg der Athener gegen die aufstrebende Macht Sparta kam dazu. In Athen wurden Meinungen überwacht und Zensur ausgeübt. So wurde Sokrates 399 vor Chr. zum Tode verurteilt, weil er einen verderblichen Einfluss auf die Jugend ausübte und die Götter nicht achtete. «Political Correctness» gab es schon damals. Sokrates und sein Schüler Platon gehören heute zu den Grossen der Philosophiegeschichte. Das einst so stolze und mächtige Griechenland wurde später von den Römern ohne grossen Widerstand erobert und in ihr Imperium integriert.

Warum hat die Demokratie im Kanton Glarus bis heute überlebt?

Die Männer und heute auch die Frauen des Landes Glarus in der Schweiz treffen sich seit 1387 zur Landsgemeinde, wo sie gleichberechtigt über alle wichtigen Sachfragen und Gesetze entscheiden. (Ich verweise hier auf meinen Artikel «Die Landsgemeinde als direktdemokratische Basis für den Ordnungsrahmen im Wirtschaftskanton Glarus» in *Zeit-Fragen* vom 17. November 2019.) Der Landammann stellt jedes Traktandum vor, das der Landrat (Parlament) vorberaten hat. Danach eröffnet er die Diskussion: «Ds Wort isch frei!» Sogar Abänderungsanträge sind noch während der Versammlung möglich. Dann entscheidet die Landsgemeinde mit einfachem



Landsgemeinde in Glarus 2019. (Bild Fotogalerie zur Glarner Landsgemeinde)

Mehr. Dieses faszinierende Ereignis spielt sich jedes Jahr ab – seit über 600 Jahren. Es gab nur zweimal einen kurzen Unterbruch: Einmal für vier Jahre, als Napoleon die Schweiz beherrschte, und 2020, als wegen Corona die Landsgemeinde abgesagt werden musste. (Der Kanton Glarus hat heute etwa 40 000 Einwohner und etwa 30 000 Stimmberechtigte.)

Wie ist das nur möglich? – Weil die Glarner an der Landsgemeinde schon seit Jahrhunderten einen respektvollen Umgang pflegen und Beleidigungen und auch Missfallenskundgebungen wie zum Beispiel Pfeifen vermeiden. Falls dies vorkommt (was selten ist), nimmt der Landammann sofort Stellung und lädt den Betroffenen ein, auf der Tribüne Platz zu nehmen und sich zur Sache zu äussern. Dieses Prinzip gilt auch in den zahlreichen Gemeindeversammlungen in der Schweiz, die in etwa drei Vierteln der 2200 Gemeinden – auch in grösseren – nach wie vor stattfinden.

Der respektvolle Umgang an der Landsgemeinde ist den Glarner in «Fleisch und Blut» übergegangen, was sich nach meinem Empfinden auch im Alltag auswirkt und auch die einheimischen Medien wie den «Fridolin» prägt. – Nur so hat sich diese einzigartige Einrichtung auch in schwierigen Zeiten halten können (zum Beispiel als die Reformation die Bevölkerung spaltete). Landammann Andrea Bettiga hat es an der letzten Landsgemeinde 2019 in seiner Eröffnungsrede auf den Punkt gebracht: «Hier an diesem Ort kommt die Glarner Bevölkerung zusammen, um über die eigene Zukunft zu befinden. Der Ring, seit Urzeiten ein Symbol der Zusammengehörigkeit und der Verbundenheit, vereint uns. Die Landsgemeinde bildet Teil der Glarner Identität. Unabhängig von gesellschaftlicher Herkunft, Religion und politischer Gesinnung. Wir hören einander zu, kämpfen um Lösungen. Akzeptieren die Ansicht anderer und beugen uns zum Schluss der Mehrheit. Jede und jeder Stimmberechtigte kann sich einbringen, hat eine hörbare Stimme. [...] Das ist Landsgemeinde. Das sind wir. Wir sind Landsgemeinde.»

Respektvoller Umgang ist das A und O jeder lebendigen und spannenden Demokratie. Die Glarner haben diesen Umgang gepflegt über Jahrhunderte, und sie pflegen ihn noch heute. – Wie kommt man zu einem respektvollen Umgang? Dazu ein Beispiel aus der langen Glarner Geschichte:

Jakob Heer – der «Pestalozzi» im Lande Glarus

Jakob Heer war am Anfang des 19. Jahrhunderts Pfarrer in der Berggemeinde Matt. Ein

Hauptanliegen war ihm die Schule, die er ganz im Sinne Pestalozzis führte. Er gründete mit einem Vikar und einem zusätzlichen Lehrer ein Privatinstitut, so dass bald eine grosse Schülerzahl Leben ins Haus brachte. Wichtig war ihm der staatsbürgerliche Unterricht: Alljährlich führte er seine Zöglinge zur Landsgemeinde. Die Knaben sassen während der Verhandlungen unmittelbar vor der Tribüne, auf der die Regierung und die Votanten ihren Platz haben. Sie erhielten so direkten Anschauungsunterricht. Die Glarner halten bis heute an diesem Brauch fest. Die ganze Schuljugend ist eingeladen, an diesem bevorzugten Ort Platz zu nehmen – ganz in der Nähe von Vertretern der Landesregierung und von Kantonsregierungen, ausländischen Gästen und hohen Militärs. Sie wird so direkt in das politische Geschehen einbezogen.

Jakob Heer gehört zu den Grossen im Kanton Glarus, der ähnlich wie Pestalozzi seine Überzeugung lebte: «Politische Freiheit ist für ein geistig unmündiges Volk ein Übel. Unausweichlich fällt es entweder der Vormundschaft einer Kaste an, die es oft für ihre besonderen Zwecke zu lenken versteht, oder es macht meist tolle Streiche. Nur ein durch Bildung und Erziehung zur Mündigkeit herangereiftes Volk wird seine Freiheit wohl bewahren und weise gebrauchen, um sein wahres Glück zu fördern.» (Thürer 1986, S. 115–128)

Unter Jakob Heers Anleitung entstand von 1823 bis 1826 im Pfarrhaus ein «Schülerstaat» mit einer Landsgemeinde. Vier 15 Jahre alte Schüler, darunter auch ein Mädchen und sein Sohn Oswald Heer, erliessen zahlreiche Gesetze und Verordnungen. Vater Heer liess sie meist gewähren. Sie regelten die zahlreichen Pflichten und Ämter im grossen Haushalt – aber nicht nur. Es ging auch um Fragen des Anstandes und um den Unterricht. Die Schüler achteten auf den respektvollen Umgang: So regelt ein Gesetz das Vorlesen: «Wenn einer ein Kapitel oder ein Buch anfängt, darf ihn der andere nicht verbissen verlachen oder durch andere Sachen beleidigen.» (Brunner, S. 67) Zentral war die Bestimmung: «Wer die Abschaffung der Landsgemeinde fordert, der zahlt einen Schilling.» (S. 27) – Ein solcher Antrag wurde bis heute an der echten Landsgemeinde in Glarus erst ein einziges Mal (2002) gestellt und ohne Wortmeldung abgelehnt. (Die Institution der Landsgemeinde war in den Jahren zuvor in den Kantonen Ob- und Nidwalden und Appenzell-Ausser rhoden abgeschafft worden.)

Demokratie als Vorbild

Wie soll das gehen? Nun – man lese das Buch von Gabriele Krone-Schmalz. Ihre Botschaft des respektvollen Umgangs verdient es, weit über Deutschland hinaus gehört zu werden. Oder man frage die Glarner. Ohne ein Mindestmass an Respekt dem Andersdenkenden und auch dem politischen Gegner gegenüber verkommt die Demokratie zur Posse. Der unwürdige Umgang stösst die Menschen ab. Es geschieht möglicherweise etwas Ähnliches wie im alten Griechenland, als viel Wertvolles verloren ging.

Heute mutet es in der grossen Weltpolitik merkwürdig an, wenn ein Land die Ideale der Demokratie vorschubt und gegen Länder wie Russland oder China eine geistige (und wohl bald auch eine militärische) Mauer errichtet. Wozu? – Es ist mit Sicherheit der bessere Weg, wenn wir im Westen als Vorbild wirken, indem wir die eigene demokratische Kultur pflegen und erneuern und die menschlichen Kontakte zu diesen Ländern pflegen. Damit ist der Menschheit weit besser gedient als mit der fragwürdigen Politik, «mehr Demokratie» mit einem Wirtschaftskrieg oder gar mit militärischen Mitteln zu erzwingen – eine Politik, die meist scheitert und schlimme Folgen für die Zivilbevölkerung hat. •

Literatur:

Brunner, Christoph. *Die Landsgemeinde kann niemals abgeschafft werden. Der Schülerstaat von Oswald Heer in Matt 1823–1826*, Schwanden 1987

Thürer, Georg u. a. *Grosse Glarner*, Glarus 1986

Wüthrich, Werner. «Die Landsgemeinde als direktdemokratische Basis für den Ordnungsrahmen im Wirtschaftskanton Glarus», in: *Zeit-Fragen* Nr. 25/26 vom 17.11.2020

«Ich will etwas Fröhliches und gelobe, nur Erfreuliches zu malen»

Walentin Serow – Porträtist der späten Zarenzeit und ländlicher Impressionist

von Winfried Pogorzelski

Ohne Einleitung springt Alfred Nehring, Autor der *Bildbiographie des russischen Malers Walentin Serow (1865–1911)*, mitten ins lebendige Geschehen: *Der 22jährige Serow ist gerade auf Studienreise in Italien und schildert 1887 seiner Braut begeistert seine Eindrücke vom lichtdurchfluteten Mittelmeerland; er formuliert dabei das Ziel seines künstlerischen Schaffens: «Im gegenwärtigen Jahrhundert malt man nur Grausames, nichts Erfreuliches. Ich will etwas Fröhliches und gelobe, nur Erfreuliches zu malen.»¹ Walentin Serow, Schüler und Freund von Ilja Repin, dem berühmten Maler des Realismus, ist ein wichtiger Vertreter der russischen Malerei, der Glanz und Alltag der Zarenzeit darstellte und ein Meister der Porträtmalerei war. Er brachte die russische Malerei nach Europa und war Mitbegründer der klassischen Moderne.*

Trotz zahlreicher Publikationen über Walentin Serow, die in Russland, aber auch im Ausland erschienen, ist er in Europa nur wenigen Freunden der bildenden Kunst bekannt. Es ist das Verdienst von Alfred Nehring, breitere interessierte Kreise von Kunstinteressierten mit Walentin Serow und seinem herausragenden Werk bekannt zu machen. Dem Autor gelingt es auf rund neunzig Seiten, reich mit Gemälden und Zeichnungen des Malers sowie mit Fotografien bebildert, dem Leser auf lebendige und anschauliche Weise Leben und Werk dieses aussergewöhnlichen Künstlers nahezubringen. Zwölf Phasen dieses bewegten Lebens werden geschildert, von denen einige im folgenden unter besonderer Berücksichtigung herausragender Werke nachgezeichnet werden.

Frühe Anfänge des künftigen Künstlers

Walentin Serow wird 1865 in eine Künstlerfamilie hineingeboren: Die Mutter ist Pianistin, der Vater ist Opern-Komponist und Musikpädagoge; das Haus ist ein wichtiger Künstlertreffpunkt in St. Petersburg. Regelmässig finden Abendgesellschaften statt, bei denen sich Studenten, Schauspieler, Musiker, Sänger und Künstler – darunter auch Ilja Repin – trafen. Es wird eifrig diskutiert – über Literatur, Kunst und gesellschaftliche Fragen, über die Nihilisten und die Emanzipation der Frau ... – und musiziert. Für die Eltern ist es wichtig, dass Walentins früh erkanntes Talent als Zeichner gefördert wird. Er lernt bereits als achtjähriger Junge beim Maler, Graveur und Kupferstecher Karl Köpping in München, wo er die Schätze der Münchner Kunstsammlungen kennenlernt.

Von sehr grosser Bedeutung für Walentin Serows künstlerischen Werdegang ist die Begegnung mit Ilja Repin, dem wichtigsten Vertreter des russischen Realismus, der einige Monate in Paris zubringt, dem Zentrum des französischen Impressionismus. Auf Anraten eines befreundeten Künstlers – Repin

sei der beste Lehrer für Walentin – folgen ihm Walentin Serow und seine Mutter in die französische Hauptstadt. Der Junge lernt eifrig vom grossen Meister, etwa mit dem Bleistift zeichnen, den richtigen Umgang mit Ölfarben und vieles andere.

Zurück aus Paris macht die Familie Bekanntschaft mit Sawwa Mamontow, einem Kunstmäzen und Industriellen, der mit dem Bau von Eisenbahnen viel Geld verdient. Er unterhält auf dem nördlich von Moskau gelegenen Landgut Abramzewo eine Künstlerkolonie. Walentina Serowa und ihr Sohn finden dort eine Bleibe. Im Austausch mit anderen Künstlern und unter der fortgesetzten Anleitung durch Ilja Repin kann sich der junge Maler stetig weiterentwickeln. Er versucht sich in Landschaftsmalerei, beginnt aber schon hier seine Fertigkeit in der Porträtmalerei zu entwickeln, seiner späteren Domäne. In diesen Kreisen lässt man sich gerne porträtieren, auch um sich als Mäzen zu profilieren. Dort lernt Walentin auch seine spätere Frau Olga Trubnikowa kennen, eine Ziehtochter seiner Tante Adelaida Semjenowna Simonowitsch. Mit Repin besucht er die Eremitage in St. Petersburg, Südrussland und die Krim. Weitere Reisen, die seiner künstlerischen Entwicklung gelten, führen nach München, in die Niederlande, nach Belgien, Berlin, Dresden und schliesslich nach Italien. 1880, also mit 15 Jahren, beginnt Walentin Serow sein Studium an der Kunstakademie in St. Petersburg, das er 1886 beendet.

«Das Mädchen mit den Pfirsichen» – Beginn der klassischen Moderne in Russland

Zurück in Abramzewo setzt der 22jährige Walentin Serow ein erstes Ausrufezeichen: Er begegnet der inzwischen zwölfjährigen Wera Mamontowa. Sie ist fast schon ein «Fräulein» und ihre Anmut und Natürlichkeit nehmen ihn sogleich gefangen. Er malt ihr Porträt in Öl und gibt dem ersten bedeutenden Werk des frühen russischen Impressionismus den Titel «Das Mädchen mit den Pfirsichen».² Ein junges Mädchen in leuchtend-rosaroter Bluse sitzt an einem Tisch und blickt den Betrachter direkt an, vor ihm liegen Pfirsiche und ein Obstmesser. Im Hintergrund gewährt ein Fenster den Blick in den sommerlichen Garten. Diese Farbgebung und Lichtführung hatte man bis jetzt in Russland noch nicht gesehen: Die Bluse, vom Sonnenlicht erhellt, verleiht dem Bild Leben und Frische ebenso wie das Gesicht der Zwölfjährigen mit rötlichen Wangen, dunklen, aufmerksamen Augen, selbstbewusstem, ernstem Blick und jugendlicher dunkelhaariger Frisur, die sich in der schwarzen Schleife mit roter Blüte spiegelt. Tage und Wochen sitzt «Werotschka» dem Künstler geduldig Modell; die täglich frischen Pfirsiche erhält sie als «Lohn».



Das Mädchen mit den Pfirsichen, 1887, Öl auf Leinwand, 91 x 85 cm, Staatliche Tretjakow-Galerie Moskau, als Buchtitel

Das Bild – «eine der Perlen der russischen Porträtmalerei»³ – schenkt Walentin Serow aus Dank für die sorgenfreie Zeit in Abramzewo Jelisaweta Grigorjewna Mamontowa, die ihn um das Porträt gebeten hatte; es steht für den Abschluss seiner Lehrjahre, die er zum grossen Teil hier verbracht hat, und für einen Neubeginn. 1888 wird «Das Mädchen mit den Pfirsichen» in der periodischen Ausstellung der Moskauer Kunstfreunde ausgestellt und macht Walentin Serow mit einem Schlag berühmt. Heute ist das Bild in der Tretjakow-Galerie in Moskau zu sehen.

Eheschliessung und Durchbruch als Porträtmaler

Auf Einladung seines Studienfreundes Wladimir von Derwis lebt und arbeitet Serow einige Monate auf dessen nicht weit von Moskau gelegenen Landgut Domotkanowo. Er verfügt nun selbst über seine Gemälde, findet Käufer und wird durch seine Arbeit zunehmend unabhängig. Er malt weiterhin vor allem Porträts, und zwar von Malerkollegen wie Ilja Repin und Isaak Lewitan, von Komponisten, Opernsängern und Schauspielern. 1889 heiraten er und Olga Trubnikowa, die er schon von Kindes Beinen an kennt. Das Paar

bekommt sechs Kinder; zwei von ihnen sind auf dem wunderschönen Gemälde «Sommer»⁴ verewigt. Fast die ganze linke Bildhälfte nimmt Olga ein, im Vordergrund im Schatten eines Holzhauses sitzend. Sie trägt ein helles Sommerkleid, ihren Kopf bedeckt ein grosser Strohhut, geziert von einem dunkelblauen Band mit grosser Schleife; ernst aber zufrieden schaut sie den Betrachter an. Die rechte Bildhälfte ist ganz in Grün gehalten: Im Vordergrund ist dunkles Grün einer schattigen Wiese vorherrschend, das nach hinten immer heller wird. Den Hintergrund bilden vom hellen Sonnenlicht beschienene, hellgrüne Birken, vor denen sich die Kinder bewegen. Alfred Nehring zeigt und kommentiert auch sehr beeindruckende Bilder des «bäuerlichen Serow», mit denen Serow die arbeitsreiche Wirklichkeit des Lebens auf dem Land vermittelt.

Hofporträtmaler der Zarenfamilie

Walentin Serow ist 23 Jahre alt, als eine Eisenbahnkatastrophe wesentlichen Einfluss auf sein Leben nimmt: Im Oktober 1888 entgleist ein Sonderzug, der die Zarenfamilie

Fortsetzung auf Seite 12



Sommer, 1895, Öl auf Leinwand, 73 x 94 cm, Staatliche Tretjakow-Galerie Moskau (in den Ausstellungen in Baden-Baden u. Potsdam), S. 48



Portrait Henriette Hirschmann, 1907, Tempera auf Leinwand, 140 x 140 cm, Staatliche Tretjakow-Galerie Moskau, S. 75

«Ich will etwas Fröhliches und ...»

Fortsetzung von Seite 11

von der Krim nach St. Petersburg bringen sollte. 23 Passagiere kommen ums Leben, wie durch ein Wunder überlebt Zar *Alexander III.* mit seiner Familie. Dieses Ereignis veranlasst die Romanows, viele ihrer Familienmitglieder porträtieren zu lassen; die ehrenvolle Aufgabe fällt Walentin Serow zu. Ihm gelangen viele herausragende Gemälde, so z. B. das Porträt der jugendlichen Grossfürstin *Olga Alexandrowna*⁵, die Porträts von Zar *Alexander II.* in der roten Uniformjacke der dänischen Leibgarde⁶, die Porträts von Grossfürst *Alexandrowitsch Romanow* mit goldglänzendem Brustpanzer vor seinem Pferd⁷, von Zar *Nikolaus II.*⁸ und viele andere mehr. Der junge Künstler bewegt sich nicht selbstverständlich in diesen gehobenen Kreisen, mit deren Lebensstil er nicht allzu viel anzufangen weiss; aber sein Bekanntheitsgrad steigt: Seine Bilder werden in ganz Europa bekannt, geschätzt und sogar ausgezeichnet.

In dieser Zeit (1899) entsteht während eines Urlaubs am Finnischen Meerbusen auch das Bild seiner beiden Söhne *Sascha* und *Jura*.⁹ Serow ist von der «Natürlichkeit und Offenheit» der beiden gefesselt, die er als «kostbare Gaben der Kindheit und des Schönen im Leben der Menschen»¹⁰ ansieht. Damit kommt er wieder auf sein Motto zurück, das er sich zu Beginn seiner Laufbahn gegeben hatte, nämlich «Fröhliches» und «nur Erfreuliches zu malen».

Protest gegen den «Blutsonntag von St. Petersburg» (1905)

Seit 1897 ist Walentin Serow Dozent an der Moskauer Hochschule für Malerei, Bildende Künste und Architektur, 1899 wird er in den Rat der Tretjakow-Galerie in St. Petersburg gewählt. Ein ständiges Grundeinkommen sichert die Existenz der wachsenden Familie.

Die politische Entwicklung in Russland lässt es für Walentin Serow jedoch nicht zu, immer nur Schönes und Erfreuliches zu zeigen: Am 22. Januar 1905 ziehen Arbeiter und Bauern vor das Winterpalais in St. Petersburg, um friedlich gegen die miserablen Lebensbedingungen zu protestieren und für eine Volksvertretung zu demonstrieren. Auf die Demonstranten wird geschossen, Hunderte Todesopfer sind zu beklagen; der Tag geht als «Blutsonntag» in die russische Geschichte ein. Walentin Serow muss mit ansehen, wie Arbeiter auch vor der Akademie der Künste erschossen werden. Er fühlt sich dem Schriftsteller *Maxim Gorki* verbunden, den er ebenfalls porträtierte¹¹ und der unter den Demonstranten ist; zur Strafe wird Gorki sechs Wochen in der Peter-Pauls-Festung festgesetzt.

Serow zeichnet eine Karikatur voller Sarkasmus: Im Vordergrund verleiht der Zar den in Reih' und Glied vor den erschossenen Arbeitern stehenden Todesschützen einen Orden, während die Zarin im Hintergrund mit ihrer Kutsche über ein Gräberfeld fährt. Eine andere Zeichnung mit dem Titel «Ernte 1905» zeigt ein abgeerntetes Getreidefeld, auf dem nicht Korngarben, sondern Gewehre mit aufgepflanzten Bajonetten zu Pyramiden aufgestellt sind.¹²

Das Porträt als Charakterisierung

«Der Maler und seine Modelle» übertitelt Alfred Nehring den letzten Abschnitt seiner Darstellung. Es geht um die Jahrhundertwende mit ihrem Übergang zur Klassischen Moderne. Man experimentiert mit verschiedenen Techniken wie der Aquarellmalerei und Temperafarben, wagt sich an die Aktmalerei.

In dieser Phase malt Serow das bemerkenswerte Porträt von *Henriette Hirschmann*¹³, der Gattin des jüdischen Kunsthändlers *Wladimir Hirschmann*. Das Paar pendelt ständig zwischen Moskau und Paris hin und her. Walentin Serow thematisiert das dekadente Lebensumfeld. Kein Aufwand wird gescheut, nichts wird dem Zufall überlassen: Die Wände des Boudoirs werden eigens mit grauem Leinenstoff verhüllt, den weissen Hermelinpelz hält das ganz in Schwarz gekleidete Modell mit gespreizten Fingern fest, sodass ihre funkelnden Ringe nicht zu übersehen sind. Sie steht vor einer Kommode aus karelischem Birkenholz, im Spiegel ist eine Andeutung von Serows Gesicht zu sehen. Regelrecht zu reden gab die Gestaltung des Gesichts: Sie wendet es dem Betrachter zu, ihr



Porträt der Maria Jakowlewna Lwowa, 1895, Öl auf Leinwand, 90x59 cm, Musée d'Orsay Paris, S. 38

Blick ist ernst, der Teint erscheint fast grünlich, als sei sie schlecht geschminkt, wie jemand kommentiert. Nach eineinhalb Jahren ist das Werk vollendet. Serow erhält geharnischte Protestbriefe: Er habe Henriette Hirschmann «verunstaltet, überaltert und missdeutet»¹⁴, das Porträt lasse die Ähnlichkeit mit der Porträtierten vermissen. Diese ist allerdings vom Ergebnis angetan: Es handle sich um ein Kunstwerk, «bei dem Serow die

von ihm gewünschten Effekte meisterhaft gelungen» seien.¹⁵

Bei einem Aufenthalt in Paris erlebt Serow eine Vorstellung des «Ballets Russes». Wie viele andere auch lernt er die aussergewöhnliche Schönheit und Bühnenpräsenz der jüdisch-russischen Tänzerin *Ida Rubenstein* schätzen, deren Tanzstil die Epoche des Tanztheaters des 19. Jahrhunderts beendet. Die beiden lernen sich kennen; sie ist bereit,



Jelisaweta Mamontowa, 1887, Bleistift auf Papier, 47x34 cm, Staatliche Tretjakow-Galerie Moskau, S. 28

sich vom berühmten Walentin Serow porträtieren zu lassen und willigt auch in ein Aktgemälde ein. Serow benutzt Kohle für die Konturen und Temperafarben, und zwar lediglich die Farben Blau und Grün, für Körper und Hintergrund verwendet er dasselbe helle Braun.¹⁶ Die Darstellung ist nicht naturalistisch, sondern Serow verwandelt den Körper der Tänzerin in eine «Kunstfigur» mit langen schmalen Gliedern, die «überschlank und schutzbedürftig»¹⁷ erscheint. Der Kopf mit den schwarzen locker nach hinten fallenden Locken ist etwas in die Richtung des Betrachters gedreht, den sie anblickt, ernst, ja skeptisch. In diesem überdimensionalen Gemälde wird deutlich, was das Anliegen Serows bei der Porträtmalerei insgesamt eigentlich ist: «Wenn ich einen Menschen aufmerksam betrachte, bin ich jedes Mal hingerissen, ja begeistert, aber nicht eigentlich durch das Gesicht des Individuums, das oftmals banal ist, sondern durch die Charakteristik, die man ihm auf der Leinwand geben kann.»¹⁸

Im letzten Jahr seines Lebens wendet sich Serow bei seinen Porträts wieder traditionellen Darstellungsweisen zu. Im Alter von nur 46 Jahren stirbt er 1911 in Moskau an einem Herzinfarkt.

Alfried Nehring gelingt es auf beeindruckende Weise, dem Leser das private und künstlerische Leben von Walentin Serow vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung Russlands dieser Zeit nahezubringen, dies nicht zuletzt dadurch, dass er viele Werke über die gesamte Schaffenszeit von Serow hinweg zeigt und ihre Besonderheiten dem Betrachter anschaulich erklärt. So gewährt er tiefe Einblicke in die künstlerische Entwicklung eines grossen russischen Malers von den ersten Anfängen bis hin zur Meisterschaft, die ihm einen bedeutenden Platz in der Geschichte der russischen Malerei sichert und die Menschen immer berühren wird. Der bibliophil gestaltete Bildband ist in rotes Leinen gebunden und mit einem farbigen Schutzumschlag mit dem «Mädchen mit den Pfirsichen» versehen. Ein Inhaltsverzeichnis würde die Orientierung des Lesers erleichtern.

Im Museum Frieder Burda in Baden-Baden findet vom 3. März bis 1. August 2021 eine Ausstellung mit dem Titel «Impressionismus in Russland. Aufbruch zur Avantgarde» statt¹⁹, in der auch Werke von Walentin Serow gezeigt werden. Ab 28. August ist sie im Museum Barberini in Potsdam zu sehen.²⁰ •

¹ Nehring, Alfred. *Walentin Serow, Russlands Schönheiten*, Rostock (Klatschmohnverlag), Leinen geb., 2021, 87 S., Format 21 x 30 cm, 145 farbige Abbildungen, ISBN 978-3-941064-84-3, S. 24 Euro, zu beziehen bei www.walentin-serow.de, S. 5.

Die Online-Ausgabe von *Zeit-Fragen* zeigt die Bilder in Farbe: <https://www.zeit-fragen.ch>

² ebd., S. 32, Öl auf Leinwand, 1887, 91 x 85 cm, Staatliche Tretjakow-Galerie Moskau

³ ebd., S. 31

⁴ ebd., S. 48, Öl auf Leinwand, 1895, 73 x 94 cm, Staatliche Tretjakow-Galerie Moskau

⁵ ebd., S. 56, Öl auf Leinwand, 1893, 60 x 49 cm, Staatliche Tretjakow-Galerie Moskau

⁶ ebd., S. 57, Öl auf Leinwand, 1899, 170 x 117 cm, Sammlung der Königlichen Leibgarde in Kopenhagen

⁷ ebd., S. 58, Öl auf Leinwand, 1897, 167 x 50 cm, Staatliche Tretjakow-Galerie Moskau

⁸ ebd., S. 62, Porträt von *Nikolaus II.* in der Uniform des Königlich Schottischen Garderegiments, Öl auf Leinwand, 1900, 116x89 cm, Sammlung des Regiments, Edinburgh u. Porträt von Zar Nikolaus II., Öl auf Leinwand, 1900, 71 x 52 cm, Staatliche Tretjakow-Galerie Moskau

⁹ ebd., S. 63, Öl auf Leinwand, 1899, 71 x 54 cm, Staatliches Russisches Museum St. Petersburg

¹⁰ ebd.

¹¹ ebd., S. 71, Öl auf Leinwand, 1905, 124 x 80 cm, Institut der Weltliteratur «Maxim Gorki» Moskau

¹² ebd., S. 69

¹³ ebd., S. 75, Tempera auf Leinwand, 1907, 140 x 140 cm, Staatliche Tretjakow-Galerie Moskau

¹⁴ ebd., S. 74

¹⁵ ebd.

¹⁶ ebd., S. 77, Bildnis der Ida Rubinstein, Tempera und Kohle auf Leinwand, 1910, 147 x 233 cm, Staatliches Russisches Museum St. Petersburg

¹⁷ ebd., S. 76

¹⁸ ebd., S. 81

¹⁹ vgl. <https://artinwords.de/baden-baden-museum-frieder-burda-impressionismus-in-russland> u. Wikipedia unter dem Stichwort «Walentin Alexandrowitsch Serow»

²⁰ vgl. <https://www.museum-barberini.de/de/ausstellungen/591/impressionismus-in-russland-aufbruch-zur-avantgarde>